

Der Steinarbeiter

Zeitschrift des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands

Für berufliche, wirtschaftliche und soziale Interessen der jugendlichen und erwachsenen männlichen und weiblichen Fach- und Hilfsarbeiter in der Steinindustrie und im Steinstraßenbau

Erscheint wöchentlich. Der Bezugspreis beträgt vierteljährlich 2.50 Mk. Bestellungen nur durch die Post, eingetragen in die Reichspostliste unter Nummer 1628. Kreuzbandsendungen und Postüberweisungen durch die Verlagsstelle des Verbandes der Steinarbeiter finden nicht statt

Schriftleitung und Versandstelle: Leipzig
Zeiger Straße 30, IV., Aufgang B und C. Ruf 33819

Anzeigengebühr: Die doppeltgepaßene Kleinzeile 1 Mk. Aufnahme nur bei vorheriger Gebühreneinsendung auf Postcheckkonto Leipzig 56383 Kassierer: L. Geiß, Leipzig C 1, Zeiger Straße 30, IV. (Volkshaus) Rabatt wird nicht gewährt. Blattschluß ist Sonnabends um 10 Uhr

Sonnabend, den 13. Februar 1932

36. Jahrgang

Nummer 7

Gibt es ein Recht auf Arbeit?

Auch jene, die dem Menschen kein ausdrückliches gesellschaftliches „Recht auf Arbeit“ zugestehen wollen, müssen dennoch anerkennen, daß das Recht zu leben, das Recht zu arbeiten, als selbstverständlich voraussetzt. Es wäre ein Unsin, so sagen sie, „wollte man von der Gesellschaft verlangen, daß sie ihre Angehörigen versorge, ohne daß Arbeit von ihnen geleistet würde.“ Es handelt sich also darum, ob der innerhalb einer gesellschaftlichen Ordnung lebende Mensch ein Recht hat zu leben, Nahrung und Unterhalt zu bekommen. Dieses Recht muß er aber haben, denn das gesellschaftliche Gesamtleben ist gebunden an das Leben des einzelnen Gesellschaftsgliedes. Gründet man eine Gesellschaft mit bestimmten Rechten und Pflichten, mit Ordnungen, die die Willens- und Bewegungsfreiheiten des einen zugunsten des anderen einengen, dann muß es selbstverständlich sein, daß die Gesellschaft den einzelnen Menschen schützt, und ebenfalls muß es selbstverständlich sein, daß das einzelne Gesellschaftsglied die Gesellschaft schützt. Die erste Voraussetzung dafür aber ist die Arbeit, die das Leben sichert.

Trotzdem suchen die Gegner des ungeschriebenen Gesetzes von dem Recht auf Arbeit allerlei Gründe zusammen, die gegen diese alleruntergeordnetste Notwendigkeit eines geordneten und gesicherten Zusammenlebens der Menschen sprechen sollen. Man sagt, wenn es ein wirkliches Recht auf Arbeit gäbe, müßte es auch gesetzlich oder verfassungsrechtlich festgelegt sein. Nun, die Anfänge dazu sind in der deutschen Reichsverfassung auch bereits vorhanden. Sodann sagt man, wenn es ein Recht auf Arbeit gäbe, müßte gesetzlich verschiedenes feststehen, so erstens, in welchem Alter der Mensch ein Recht auf Arbeit habe, zweitens, auf welche Art von Arbeit er ein Recht habe, und drittens, wem gegenüber er sein Arbeitsrecht geltend machen könne. Schließlich seien noch Strafbestimmungen dafür notwendig, daß das Recht, Arbeit zu leisten oder Arbeit bereitzustellen, auch erfüllt würde.

Die erste Frage nach dem Alter, das ein Recht auf Arbeit geben soll, könne noch einigermaßen befriedigend beantwortet werden. Unerfüllbare Aufgaben aber müßte man schon bei der zweiten Frage erkennen. Es ist in der Tat zweifelhaft, ob es je einer Gesellschafts-einrichtung, welcher Art sie auch sein mag, gelingen wird, jeden Menschen so zu beschäftigen, wie es am meisten seiner Veranlagung und Neigung entspricht. Aber ist nicht schon viel erreicht, wenn ein Recht auf Arbeit eine Arbeit sichert, die der einzelne Mensch leisten kann, die ihn dann vor wirtschaftlicher Not schützt? Es bleibt darüber hinaus selbstverständlich wichtig, daß auch die besonderen Fähigkeiten jedes Menschen möglichst ausgenutzt werden. Dadurch wird in die Arbeit das Moment der Befriedigung und Freude hineingetragen, was sie verbessert und ertragsreicher gestaltet. Das gesellschaftliche Arbeitsideal muß stets sein, „den rechten Mann auf den rechten Platz zu bringen“. Das Leben des einzelnen Menschen wie auch das Leben der gesellschaftlichen Gesamtheit werden außerordentlich große Vorteile davon haben, wenn man dem Ziele der richtigen und gerechten Personalauswahl näher kommt. Obgleich wir gegenwärtig den Wirtschaftsindividualismus haben, wenigstens der Theorie nach, stehen doch viele Menschen nicht auf dem Arbeitsplatze, auf dem sie ihrer natürlichen Veranlagung nach stehen müßten. Sehr viele menschliche Veranlagungen werden nicht entwickelt und ausgenutzt und sehr viel menschliche Fähigkeit geht da, wo sie bitter nötig gebraucht wird. Gerade aus diesen Uebelständen entsteht vielleicht das meiste und schwerste Unheil, unter dem die gesellschaftlichen Verhältnisse heute leiden. Wenn ein Recht auf Arbeit einmal offen von der Gesellschaft anerkannt wird, wird es sehr wahrscheinlich gelingen, mehr als jezt zum Wohle von Volk und Staat die persönlichen Anlagen und Fähigkeiten in der wirtschaftlichen Arbeit auszunutzen. Unter den Begriff der wirtschaftlichen Arbeit ist auch die mehr ideale Arbeit im öffentlichen Leben verstanden. Für sie ist ja persönliche Befähigung ganz besonders wertvoll.

Wer hat nun Arbeitsgelegenheiten zu schaffen? Im heutigen Gesellschaftswesen, das sich privatwirtschaftlich-individualistisch nennt, vor allen Dingen zunächst der, der sich das persönliche Eigentums- und Verfügungsrecht über die Arbeitsgrundlagen und Arbeitsmittel annahmt. Das sollte eigentlich keinem mehr zweifelhaft sein. Allen Rechten müssen Pflichten gegenüberstehen, sonst sind sie für das gesellschaftliche Zusammenleben und Zusammenarbeiten ungeeignet, mehr als das, unfittlich. Da, wo sich die Großbetriebe gebildet haben und wo darüber hinaus Großbetrieb sich mit Großbetrieb vereint zur Arbeitsvereinheitlichung oder, was wohl bestimmender ist, zur Gewinnsteigerung durch Ausübung wirtschaftlichen Zwanges aller Art, liegt die Pflicht Arbeit für die heillosen Volksgenossen zu schaffen, sonnenklar zutage. Der Begriff Individualwirtschaft ist hier nur noch täuschender Schein, so gerne er auch angewendet wird. Aber selbst dann, wenn noch tatsächlich Individualwirtschaft besteht, verpflichtet sie zur Arbeitsbeschaffung für die, die zwar Gesellschaftsglieder sind, aber nichts von den Gesellschaftswerten besitzen. Die Arbeit ist das weit-aus wichtigste Selbstbehauptungsmittel des einzelnen Menschen und ebenso der Gesellschaft. Die persönliche Arbeitsfähigkeit und Arbeitswilligkeit genügt aber nicht, um auch wirklich arbeiten zu können. Es müssen Arbeitsmittel, in heutiger Zeit nicht nur Werkzeuge, sondern auch oft ganze Fabriks- oder sonstige Anlagen und Einrichtungen, vorhanden sein. Es muß auch die Erlaubnis zur Arbeit von dem privaten Eigentumsbesitzer vorhanden sein. Es ist doch in heutiger Zeit der Kapitalteuerung gar nicht so selten, daß dringend notwendige Arbeit nicht ausgeführt wird, weil diese Erlaubnis zur Arbeit verweigert wird. So mancher persönliche Wirtschaftsbetrieb arbeitet mangelhaft oder mit halber oder noch weniger Leistungskraft, weil der Besitzer „es nicht nötig hat“, wirtschaftlich zweckmäßig und für das Allgemeinwohl vorteilhaft arbeiten zu lassen. Er hat für die eigenen

Lebensbedürfnisse auch bei mangelhafter Arbeitsweise gewöhnlich mehr Einkommen als er verbrauchen kann. Nach dem Individual-grundlag des herrschenden Gesellschaftslebens, das sogar immer noch von vielen unüberlegterweise als ein Ideal bezeichnet wird, geht ihn die Wirtschaft als Ganzes, geht ihn auch das Geschick der arbeitsmittellosen Masse nichts an. Und wo es nicht Gleichgültigkeit oder Gewissenlosigkeit ist, wodurch die Arbeitsmöglichkeiten bedeutend verringert werden, da ist es gar nicht selten Un-fähigkeit. Der ererbte Großbesitz kommt selten in fähige Hände. Ein persönlich tüchtiger Unternehmer, der sich „heraufgearbeitet hat“, wie es gewöhnlich mehr oder weniger zutreffend heißt, hat vielleicht noch fähige Söhne, wenn auch längst nicht immer; weiterhin aber kommen schon oft wenig arbeitswillige, dafür aber um so mehr genußsüchtige Nachkommen.

Das privatwirtschaftliche Eigentumsrecht an den Arbeits- und Selbstbehauptungsmitteln der Gesellschaft hat außerordentlich große Mängel und Gefahren für das Allgemeinwohl. Daß es mit dem sittlichen Recht nicht mehr vereinbar werden kann, liegt klar auf der Hand. Und deshalb ist es eitel intellektuelle Spielerei, das Recht auf Arbeit juristisch erklären zu wollen, oder vielleicht auch gesellschafts- oder wirtschaftswissenschaftlich. Der heutige Arbeitslose fühlt sich als Ausgeschlossener und Entrechteter der Gesellschaft. Dieses Gefühl ist wahr, ehrlich, richtig und gerecht.

All das Spitzfindige, ins Feld geführt, um lästige, aber selbstverständliche Gesellschafts- und Wirtschaftspflichten abzuschütteln, ist Heuchelei, Lüge, Feigheit oder Unwissenheit. Auch die gesell-

schaftliche und wirtschaftliche Unwissenheit ist in den Kreisen sehr groß, die sich annahmend die Wirtschaftsbesitzer und Wirtschaftsführer nennen. Diese Kreise, die eine so gewaltig große Macht, auch politische Macht, besitzen, werden ganz außerordentlich in ihren persönlichen Werten überschätzt. Und daran leidet die Wirtschaft wohl mehr als an irgend etwas sonst. Das ist selbst in Zeiten der Tributverpflichtungen die Hauptursache der Arbeitslosigkeit.

Das sogenannte Reparationsystem ist ja auch eine Frucht des moralisch und auch rein juristisch zu nichts verpflichtenden übertrieben weit gefassten Eigentumsbegriffs. Es wird Schwierigkeiten haben, ein Recht auf Arbeit in allen Lebensverhältnissen in gerecht werdende Gesetzesworte zu fassen. Wenn sich das Denken und Urteilen der Menschen in sozialer und demokratischer Richtung umbildet, und wenn die allgemeinen Gesellschafts- und Wirtschaftsrechte und -einrichtungen sich dem veränderten Denken, Wollen und Tun anpassen, wird auch eine nähere gesetzliche Umschreibung des Rechts auf Arbeit im einzelnen nicht nötig sein. Im innerlich wirklich sozial eingestellten Staat wird es niemandem mehr Zweifel verursachen, daß jeder Staats- und Wirtschaftsbürger das Recht hat, menschen- und wie man gerne sagt kulturmäßig zu leben. Alle werden sich allen verantwortlich fühlen, wie es der demokratische Gedanke will. Und alle werden alle zu heben trachten, wirtschaftlich, geistig, sittlich, kulturell, wie es der soziale Gedanke will. Heute aber leben wir noch in einer organisatorisch verkommenen, rückständigen und in einer sittlich verrohten Welt. Es herrscht nicht einmal die Macht des Stärkeren, es herrscht einfach der Besitz, der sich auf unhaltbare Rechtsbegriffe stützt. Sp.

Die Eiserne Front ruft

Die deutschen Männer und Frauen freiheitlicher Gesinnung werden von der Kampfleitung der Eisernen Front zu erhöhter Aktivität aufgerufen. Der Terror der Nationalsozialisten ist schließlich so stark geworden, daß es einer einheitlichen Abwehrbewegung bedarf. Diese Abwehrbewegung nennt sich **Eiserne Front für Volksrechte gegen Diktatur**. Neben die Einheiten des Reichsbanners sind die Gewerkschaftsmitglieder in den Betrieben als **Sammler** getreten. Der Arbeiterportier und freiwillig Gefinnte aus dem Bürgertum schließt den Kreis. In dem Aufruf (siehe „Steinarbeiter“ Nr. 6) heißt es:

„Eine Millionenarmee — nicht für gewalttätige Angriffe, sondern wider alle Bürgerkriegspläne! Die Existenz dieser durch eine wahre Volkserhebung aufgerichteten Eisernen Front muß jeden Gedanken auf Raub politischer, gewerkschaftlicher und kultureller Freiheiten ersticken. Die Eiserne Front ist keine Partei-sache und will nicht eine Partei sein. Ihr Dienst gilt der bedrohten Freiheit des deutschen Volkes, der Erfüllung der Verheißungen in der Verfassung von Weimar.“

Am 21. dem Aufruf werden große Kundgebungen angekündigt, die am 21. Februar ihren Höhepunkt erreichen sollen. Durch die Massen-

kundgebungen soll den Freunden und Gegnern die Macht und Kraft der Eisernen Front sinnfällig vor Augen geführt werden. Ununterbrochen soll in allen Städten und Bezirken eine **Küstwache** der Eisernen Front organisiert werden, die mit öffentlichen Sammlungen begleitet ist. Jeder soll sich in ein Eisernes Buch eintragen und einen entsprechenden Beitrag für die Bewegung opfern. Welches richtig wird in dem Aufruf darauf hingewiesen, daß ein Volk, welches sich durch Drohung mit Gewalt und bezahlte Demagogie das Recht der Selbstregierung nehmen läßt, nie die äußere Freiheit erringen und erhalten kan. — Die Gewerkschaftsmitglieder in Stadt und Land müssen diese Abwehrbewegung gegen den Hitlerianismus unterstützen. Sie werden sich dafür einsetzen, daß die Eiserne Front die gebührende Stütze erhält. Die Demagogen um Hitler haben sich eine günstige Zeit ausgesucht, um das Volk durch Lug und Trug für eine Anschauung zu gewinnen, die zur Vernichtung des Einflusses der Arbeiterklasse und Vereitelung der sozialen Rechte führen muß. Wir sollten uns nicht täuschen: Großes steht auf dem Spiele. In der Arbeiterschaft ist — eine gewisse Wertschätzung eingezogen, die überwunden werden muß. Breitesten Arbeiterschichten geht es sehr schlecht. Das liegt an dieser furchtbaren Wirtschaftskrise, die kein Land der Welt verschont. Es wäre äußerst kurzfristig, im letzten Moment die Nerven zu verlieren. Wird der Nazitum zurückgeschlagen, dann kann nach Besserung der Wirtschaftslage zum Wiederaufbau der sozialen Rechte geschritten werden. Die Eiserne Front soll der Wall sein, an dem sich die Wogen einer demagogischen Volksverführung brechen. Die Kundgebungen werden deshalb von den Gewerkschaftsmitgliedern unterstützt und gefördert.

Die Eiserne Front

Uns reißt die Geduld! Wir haben es satt!
Heraus, wer noch zwei Häute hat!
Wir machen jetzt Schluß! Es wird uns zu viel,
Es wird uns zu bunt das Narrenspiel!
Wir sind, weiß Gott, schon mit anderen Herden
fertig geworden!
Wir haben's bewiesen und werden's beweisen:
Vertraut ist unserer Faust das Eisen.
So schließen wir denn, vom Wetter umbraust,
Die Eiserne Front der eisernen Faust!

Wir bringen euch gern nach Wunsch auf den Trab,
wir schlagen noch immer wie Anno Kapp!
Wir werden nicht feiern, wir werden nicht ruhn
und diesmal ganze Arbeit tun!
Kollegen, wer da von euch stempelt,
heraus, und die Ärmel jetzt aufgetrempelt!
Und ihr, die ihr könnt auf Arbeit noch gehen,
besondere Arbeit gib't's jetzt zu befehlen!
Es fallen die Nebel! Der Weg ist besonnen!
Arbeit gib't's für die Eiserne Front!

Schmiedest du Eisen im Feuer hell:
Die Eiserne Front ruft zum große Appell!
Du, der du die Häuser im Lande baust,
jetzt baue im Lande mit eiserner Faust!
Wir haben fröhliche Botschaft zu senden:
Arbeit an allen Ecken und Enden!
Jetzt ran an die Rampe und spuckt in die Hände
auf daß sich alles zum Guten wende!
Rühr' dich, daß es den Kuben graust,
Die Eiserne Front der eisernen Faust!

Aus dem „Wahren Jakob“.



Die Notlage der deutschen Natursteinindustrie und des Steinleggewerbes

Unser Verbandsvorstand hat diese Notlage abermals den in Betracht kommenden „behördlichen Auftraggebern“ in einer Eingabe wie nachstehend geschildert:

„Kein Industriezweig in Deutschland leidet im gleichen Maße unter der gegenwärtigen Krise wie die Natursteinindustrie und das Steinleggewerbe. Diese Tatsache findet ihre Begründung durch die Feststellung, daß außer den für die allgemeine Wirtschaftskrise erkannten Ursachen für die Natursteinindustrie und das Steinleggewerbe noch weitere Hemmnisse vorhanden sind. In der Nachkriegszeit hat sich im Hoch- und Straßenbau eine Umwälzung vollzogen, deren Auswirkungen die Existenzmöglichkeit genannter Industriezweige bedenklich gefährden. An Stelle des seit Jahrhunderten zu Bauzwecken unentbehrlichen Natursteins finden heute Surrogate, Beton- und Kunststein zu Hochbauten, Beton, Asphalt und Teer zu Straßenbauten bevorzugt Verwendung. Obwohl einwandfrei nachgewiesen ist, daß die neuzeitlichen Baustoffe einen vollwertigen Ersatz für Naturstein nicht darstellen, ist zu beobachten, daß die behördlichen Bauverwaltungen den Naturstein als Baustoff nicht oder doch nur in sehr geringem Maße verwenden. Die Bauverwaltungen begründen die Bevorzugung der neuzeitlichen Baustoffe mit dem Hinweis, daß die aus neuzeitlichen Baustoffen hergestellten Hoch- und Straßenbauten weniger Kosten verursachen als Natursteinbauten. Diese Begründung ist jedoch nur bedingt richtig, denn die Wirtschaftlichkeit einer Bauweise ergibt sich nicht allein aus den Herstellungskosten, sondern es müssen auch die Kosten für Unterhaltung Berücksichtigung finden. Des weiteren darf, besonders in Krisenzeiten, die soziale Wirkung der Bauweise nicht unbeachtet bleiben, denn auch diese bedeutet Wirtschaftlichkeit. Unbestritten ist, daß Natursteinbauten eine weit größere Nutzungsdauer aufweisen als Bauten aus neuzeitlichen Baustoffen. Unbestritten ist ferner, daß Natursteinbauten auf Jahrzehnte hinaus Kosten für Unterhaltung nicht verursachen, während für Unterhaltung der nach neuzeitlichem Verfahren erstellten Bauten schon nach einigen Jahren nicht unerhebliche Ausgaben zu bestreiten sind.

Im Straßenbau sind im letzten Jahrzehnt sehr viele Versuche mit neuzeitlichen Straßenbauverfahren unternommen, große Summen sind verwendet worden, ohne befriedigende Resultate erzielen zu können. Nicht wenige Fälle sind bekannt geworden, in denen diese kostspieligen Versuche zu Mißerfolgen führten. Erwiesen ist, daß die neuzeitliche Straßendecke weder wirtschaftlich noch sozial der Natursteindecke ebenbürtig ist und ebensoviele in verkehrstechnischer Hinsicht genügt. In Anbetracht dessen, daß für Straßenbauten ausschließlich Behörden als Auftraggeber in Frage kommen, glauben wir uns verpflichtet, vorkühnend besonders hervorzuheben.

Die Lage des Arbeitsmarktes in der Natursteinindustrie und im Steinleggewerbe ist nicht nur trübselig, sondern katastrophal. Im Jahre 1925 wurden in Deutschland in 3850 Steinbrüchen weit über

120 000 Arbeiter beschäftigt, im Jahre 1931 hingegen waren nur 972 Steinbrüche vorübergehend im Betrieb, 2878 Betriebe lagen vollständig still. Von den 972 Betrieben konnten nur 122 mit voller Belegschaft produzieren (sind ausschließlich mittlere Betriebe), während 219 durch Kurzarbeit und 631 Betriebe mit bis zu 50 Prozent verringerter Belegschaft vorübergehend Beschäftigung hatten.

Im Durchschnitt des Jahres 1931 waren 67 Prozent aller Steinarbeiter vollständig ohne Beschäftigung und 10 Prozent konnten nur bis zu 36 Stunden wöchentlich beschäftigt werden. Für das Steinleggewerbe lagen die Verhältnisse noch ungünstiger. Nach dem Bericht des Reichsverbandes für das deutsche Steinleg-, Pflaster- und Straßenbaugewerbe waren 1931 schon in den Sommermonaten vier Fünftel aller Betriebe stillgelegt. Von den 30 000 im Steinleggewerbe beschäftigten Arbeitern fanden nur 28 Prozent vorübergehende Beschäftigung. 72 Prozent waren im Jahresdurchschnitt arbeitslos. Es ist unferseits nicht versäumt worden, die Reichs- und Staatsministerien und die Parlamente auf die den genannten Industriezweigen drohende Katastrophe rechtzeitig aufmerksam zu machen. Leider waren unsere Bemühungen nur in geringem Maße erfolgreich. Die Notlage der Steinindustrie und des Steinleggewerbes ist weit größer, als sie durch die allgemeine Wirtschaftslage gekennzeichnet wird, demzufolge muß es vor allen Dingen Aufgabe der auftraggebenden Behörde sein, diese Industriezweige vor dem völligen Zusammenbruch zu bewahren. Es gibt in Deutschland kaum einen anderen Industriezweig, der gleich günstige Möglichkeiten zur Arbeitsbeschaffung bietet wie die Natursteinindustrie. Um so mehr bedauert es, wenn die Behörden bei ihren Maßnahmen zur Beschaffung von Arbeit die Natursteinindustrie nicht oder doch nur in sehr geringem Maße berücksichtigen. Die Notverordnungspolitik der Reichsregierung kann nur erfolgreich sein, wenn alle auftraggebenden und verwaltenden Behörden Arbeit schaffen. Nur durch Minderung der Zahl der Arbeitslosen ist eine Reuentfaltung der wirtschaftlichen Kräfte, die Aufhebung der Wirtschaft möglich. Zu diesem Ergebnis kam auch die von der Reichsregierung im Februar 1931 berufene Brauns-Kommission, deren Aufgabe es war, das Problem der Arbeitslosigkeit und ihre Bekämpfung zu untersuchen. Das Ergebnis der Untersuchung liegt vor, wir können es uns erlauben, auf seine Einzelheiten einzugehen, gestatten uns jedoch, auf die wichtigsten Punkte hinzuweisen. Die Brauns-Kommission bezeichnet als das einzigste und wichtigste Mittel zur Behebung der Krise die Schaffung von Arbeit. Die Möglichkeit zur Schaffung von Arbeit sieht die Brauns-Kommission in der Hebung des Baumarktes und vor allem in der Förderung des Straßenbaus gegeben. Bei der Begründung ihrer Vorschläge weist die Brauns-Kommission darauf hin, daß die zum Straßenbau benötigten Materialien in Deutschland gewonnen und bearbeitet werden und die Herstellung und Verarbeitung fast ausschließlich Handarbeit ist, somit beim Straßenbau Tausende und aber Tau-

sende von Arbeitslosen Beschäftigung finden können. Wir gestatten uns, diesen Hinweis zu ergänzen, indem wir hervorheben, daß in Zeiten wirtschaftlicher Not und Bedrängnis jede Nation bestrebt sein muß, aus eigenen Quellen zu schöpfen, um den Bedarf an Rohprodukten und Fertigwaren zu decken.

Für den Bauplan im allgemeinen und für den Straßenbau im besonderen kann ohne Ausnahme aller Bedarf an Rohprodukten und Fertigwaren durch die deutsche Natursteinindustrie gedeckt werden. Das Deutsche Reich verfügt über einen nahezu unerlöschlichen Reichtum an Natursteinen, deren Haltbarkeit unbestritten ist und deren Verwendung als Baumaterial in großem Umfang zur Verminderung der Zahl der Arbeitslosen beitragen wird. Nichts darf den verwaltenden Behörden wichtiger erscheinen, als Arbeit zu schaffen, um zu erreichen, daß die Fürsorgeanstalten durch produktive Arbeitsleistung entlastet werden. Hierzu bietet der Bau von Kleinpflasterdecken die beste Möglichkeit, weil deren Herstellung im allgemeinen volkswirtschaftlichen Sinne die rationellste Bauart ist. Des weiteren bedeutet der Bau dieser Straßendecke eine im wahrsten Sinne werteschöpfende Arbeitslosenfürsorge. Diese Vorzüge sind den maßgebenden Behörden nicht unbekannt, um so mehr dürfen die Steinindustrie und das Steinleggewerbe erwarten, daß die Behörden von der teilweise eingennommenen natursteinfeindlichen Einstellung ablassen.

Wenn es auch nicht möglich ist, den Wert guter Straßendecken über den Verlust durch schlechte Straßendecken in Geldsummen zum Ausdruck zu bringen, darf doch hervorgehoben werden: „Schlechte Straßendecken bedeuten dauernden Verlust, halten den Fortschritt auf, verursachen laufende Ausgaben für Ausbesserungen.“ Wie alle guten Dinge haben Straßen mit gut befestigter Fahrbahn einen großen volkswirtschaftlichen Wert. Sollen die Vorteile des Kraftfahrzeuges wirtschaftlich genutzt werden, dann müssen mehr Straßen, sichere Straßen, bessere Straßendecken gebaut werden. Die Naturstein-Kleinpflasterstraßendecke gilt als Ideal des Kraftfahrers, bietet verkehrstechnisch die beste Sicherheit und enthebt die Straßenbauverwaltungen auf Jahrzehnte der Verpflichtung, Ausgaben für Unterhaltung zu bestreiten. Die Naturstein-Kleinpflasterstraßendecke ist die vollkommenste aller Straßendecken, bietet die beste Möglichkeit zur Arbeitsbeschaffung und ist im Endziel die billigste aller Straßendecken.

Wir wiederholen deshalb unsere an alle behördlichen Auftraggeber gerichtete Forderung:

Bauen Sie Naturstein-Kleinpflasterstraßendecken, schaffen Sie Arbeit, dann beseitigen Sie die Gefahr der Existenzlosigkeit, der moralischen Verkümmern, dann wird den über 100 000 arbeitslosen Steinarbeitern, Steinlegern und Berufsgenossen die Möglichkeit produktiver Tätigkeit gegeben, dann werden Frauen und Kinder eingerechnet, über 300 000 Menschen vor bitterster Not bewahrt.“

Zurück zur Vorkriegszeit?

Die Nationalsozialisten entfalten in Deutschland eine riesenhafte Agitation. Doch noch selten ist die Wahrheit derart mit Füßen getreten worden als bei diesem großangelegten Seelenfang. Von dem größten Demagogen Hitler angefangen, bis zum geringsten SA-Mann wird dreist und verlogen die Behauptung aufgestellt, daß der Marxismus, d. h. also die Arbeiterbewegung, das deutsche Volk in das Elend der Gegenwart gestochen habe. Ein reiches Land sei von dem „System“ in Grund und Boden gewirtschaftet. Die große Wirtschaftskrise ist der beste Verbündete einer derartig verlogenen Propaganda. Gute Verbündete sind aber weiter: die Vergeßlichkeit der Menschen und die geringe Kenntnis von wirtschaftlichen und politischen Zuständen einst und jetzt. Da ist es doch notwendig, einmal die Dinge hervorzuheben, wie sie waren und wie sie sind.

In glühenden Farben wird von den Sendlingen des Nationalsozialismus das Vorkriegsdeutschland mit seinen Vorzügen an die Wand gemalt. Wie steht es damit? Die wirtschaftliche Entwicklung Deutschlands seit 1870 bis 1914 war ein ununterbrochener Aufstieg. Wohl mußten auch Krisen überwunden werden, aber im Grunde wurde eine Entwicklung durchgemacht, die Deutschland vollständig umwandelte und aus dem ehemaligen Agrarland eines der größten Industrieländer der Welt machte. Namentlich seit Mitte der 90er Jahre erlebten wir einen noch nie dagewesenen Aufschwung. Industrie, Handel und Verkehr wurden treibhausartig entwickelt. Ein zahlreiches Bürgertum entstand. Aus Kleinbürgern und Handwerksleuten wurden Industrielle und Kaufleute. Ein allgemeiner Wohlstand breitete sich aus. War Deutschland im Anfang seiner industriellen Entwicklung ein kapitalarmes Land, so begannen später die Bankkonten zu wachsen. Kapitalüberschuß wurde erzielt, der dazu benutzt werden konnte, Industrie, Handel und Verkehr noch weiter auszubauen. Darüber hinaus konnte Kapital in den Kolonien zum Stützpunkt überseischer Interessen und als Kapitalanlage im Ausland verwendet werden. Die Jugend des Bürgertums war niemals an einer günstigen Aufstiegsmöglichkeit behindert. Der immer mehr sich ausweitende industrielle Produktionsapparat bot Aufstiegsmöglichkeiten in Hülle und Fülle. Für den Export der Waren und deren Vertrieb im Auslande wurden Kaufleute in großer Zahl gebraucht. Daneben boten Heer, Marine, Reich, Staat und Gemeinden Fortkommensmöglichkeiten als Offizier, Beamter oder sonstwie. Somit konnte jeder sein Glück machen und bis zur höchsten Stelle aufsteigen. Als der Krieg ausbrach, hatten wir in Deutschland ein starkes Bürgertum, das vermögend genug war, um den Vergleich mit jedem anderen Land auszuhalten. Dieser einzigartige Entwicklungsvorgang, namentlich in den letzten 20 Jahren vor dem Krieg, ist den Machthabern in Deutschland in die Krone gestiegen und hat nicht zuletzt zu den Reibungen beigetragen, die zu dem Weltkriege geführt haben.

Wie stand es aber mit der Arbeiterschaft? In den ersten 30 Jahren nach 1870 ist der Prozeß der Proletarisierung in Deutschland durchgeführt worden. Die stark wachsende Bevölkerung auf dem platten Lande und in den Städten strömte zur Industrie. Aus Bauern wurden Industriearbeiter. Mitte des vorigen Jahrhunderts wurde in Preußen eine Industriearbeiterschaft festgestellt, die erst 3 v. H. der Bevölkerung ausmachte. 1914 war die Industriearbeiterschaft in Deutschland auf rund 40 v. H. der Bevölkerung angewachsen. Etwa 60 v. H. der Einwohner Deutschlands konnte zu der Klasse der Lohn- und Gehaltsempfänger gezählt werden. So hatten sich die Verhältnisse gewandelt. Und währenddessen das Bürgertum eines steigenden Wohlstandes sicher war, ging der soziale Aufstieg der Industriearbeiterschaft nur äußerst langsam vonstatten. Die zur Industrie gestochene Landbevölkerung war derartig genügsam, daß sie bereit war, sich mit den primitivsten Zuständen abzufinden. Eine unermesslich lange Arbeitszeit bestand noch bis kurz vor dem Kriege. Auf dem sozialdemokratischen Parteitag in Erfurt erklärte der Referent zur Arbeitszeitfrage u. a.: „Aus der Zehntelstunde wäre schon ein gewaltiger Eingriff in das gegenwärtige Produktionssystem, wo heute noch in vielen Fällen 16 bis 18 Stunden je Tag gearbeitet wird. Hätten wir erst den 10stündigen Arbeitstag, dann wären wir unbedingt gerade in diesem Punkt allen anderen Ländern voraus.“ Das war zu einer Zeit, als Deutschland sich anstande, in die Reihe der großen Industriestaaten einzutreten. Zugleich entstand die moderne Gewerkschaftsbewegung, die mit eigener Kraft das Schicksal der Arbeiterklasse in die Hand zu nehmen bemüht war. Aber nur unendlich großen Anstrengungen gelang es, auf dem Gebiete der Arbeitszeit Verbesserungen zu erreichen. Vor dem Kriege bestand in Deutschland allgemein die neun- und zehnstündige Arbeitszeit. In Betrieben mit Schichtwechsel war die zwölfstündige Arbeitszeit üblich. Mit der Hygiene in den Fabriken und den Arbeiterschutzbestimmungen sah es teilweise noch sehr traurig aus. Gewiß vermochte sich die deutsche Arbeiterschaft im Laufe der Jahre höhere Löhne zu erkämpfen. Dies war möglich, weil die Gewerkschaften äußerst aktiv waren und die Ergiebigkeit der deutschen Wirtschaft höhere Löhne gestattete.

Seit den achtziger Jahren hat es auch Krisen gegeben. Doch waren diese im Vergleich zu den jetzigen so gering, daß sie keine tieferen Spuren hinterließen. Eine so umfassende und tiefwirkende Weltwirtschaftskrise wie die jetzige hat es in der Vorkriegszeit niemals gegeben. Trotz der gut entwickelten Sozialversicherung, die ebenfalls auf das Konto der gewerkschaftlichen Tätigkeit gesetzt werden muß, gab es aber weder eine Arbeitslosenversicherung noch eine Krisenfürsorge oder sonst etwas. Im Falle der Arbeitslosigkeit war der Arbeiter und Angestellte, sofern er nicht in den Genuß der gewerkschaftlichen Unterstützung kam, auf die öffentliche Armenunterstützung angewiesen. Die war nicht nur schwer zu bekommen, sie hatte auch den Verlust von Staatsbürgerrechten, wie das Wahlrecht usw., zur Folge. Von Betriebsrätegesetz, Tarifrecht, Schlichtungsweisen und ähnlichem war noch nichts vorhanden. Wir hatten also in dem Vorkriegsdeutschland den Zustand, daß auf der einen Seite ein in kürzester Frist reich gewordenen Bürgertum vorhanden war, die Mittelschichten und der größte Teil der Bauernschaft sich ebenfalls eines steigenden Wohlstandes erfreuen konnten, aber die große Masse der Hand- und Kopfarbeiter ein armes Leben führen mußte. Dabei hatte die fleißige und intelligente deutsche Arbeiterschaft erst den Aufstieg der deutschen Wirtschaft ermöglicht.

An all diese Dinge muß erinnert werden, weil sie selbst bei der älteren Generation in Vergessenheit geraten sind und die jüngeren Jahrgänge, aus denen sich hauptsächlich die Nachläufer Hitlers rekrutieren, davon nichts wissen. Was in Deutschland in den Jahren nach 1918 geleistet wurde, das werden spätere Chronisten einmal begeistert als das soziale Zeitalter schildern. Wir Zeitgenossen vermögen die Errungenschaften nicht richtig einzuschätzen, weil sie uns als etwas Selbstverständliches erscheinen und weil sie durch solche fürchtbaren Vorgänge wie die Krise und die politischen Kämpfe verbunkelt werden. An die sozialpolitischen Errungenschaften wollen wir nur erinnern. Es erfolgte der Ausbau der Kranken-, Invaliden- und Unfallversicherung, geschaffen wurde die Arbeitslosenversicherung, das Betriebsrätegesetz, Tarifschutzgesetz, Schlichtungsweisen, Arbeitsgerichtsgezet und was dergleichen fundamentale Neuschaffungen im Bereiche der Sozialpolitik mehr sind. Von den politischen Rechten, an die man früher gar nicht einmal zu denken wagte, wollen wir gar nicht reden.

Man könnte eine ganze Zeitung füllen, wollte man die Erfolge der politischen und wirtschaftlichen Tätigkeit der Arbeiterbewegung nach 1918 auch nur in großen Strichen aufzeichnen. Deshalb ist für uns die Vorkriegszeit, trotz der gegenwärtigen Notzeit, kein idealer Zustand, sondern wir wollen das, was bis 1930 bestand und errungen wurde, nicht nur erhalten, sondern weiter ausbauen, bis wir von einer wahrhaft sozialen Republik in Deutschland reden können. Die verlogenen Nazijünger wollen den Drill der Vorkriegszeit, das Kasernenregiment, die Polizeigewalt, kurzum die Beherrschung der großen Masse durch einige Befehlshaber zurückgewinnen. Ihnen dabei zu helfen, haben wir keine Veranlassung. Wenn wir aber den Bürgern das Handwerk legen wollen, dann müssen wir uns die Vorkriegsverhältnisse ins Gedächtnis zurückrufen und nicht vergessen, was vereinte Kraft in einem einzigen Jahrzehnt zustande brachte. Daß vieles durch die Weltwirtschaftskrise wieder verloren ging, dafür kann die Arbeiterbewegung nicht verantwortlich gemacht werden.

Kurzarbeiter, Bürgersteuer und Lohnsteuerverordnung

Ueber die Abstellung der unerträglichen Härten, die bei der Erhebung der Bürgersteuer und infolge der Aufhebung der Lohnsteuererstattungen entstanden sind, fand am Dienstag eine Besprechung zwischen Reichsfinanzminister Dietrich, den Vertretern des ADGB, des FA-Bundes und der übrigen gewerkschaftlichen Spitzenverbände, dem Reichstagsabgeordneten Dr. Herk (Soz.), Erzing und Gerig (Zentr.) statt. Die Vertreter der Parteien und der Gewerkschaften brachten noch einmal die ungeheuerlichen unsozialen Folgen der Bürgersteuer und die Aufhebung der Lohnsteuererstattung zur Sprache.

Bei der Bürgersteuer haben sich diese Härten vor allem bei den Kurzarbeitern ergeben, die in sehr vielen Fällen weniger verdienen als die Arbeitslosenunterstützung, deren Lohn ja sogar oftmals unter die Reichssätze der Wohlfahrtsunterstützung sinkt. An Hand vieler Einzelbeispiele wurde dem Minister nachgewiesen, daß bei sehr vielen Kurzarbeitern die heutige Form der Bürgersteuererhebung dahin führt, daß ein Lohnempfänger erst Bürgersteuer zahlen und nachher noch eine Unterstützung von der Gemeinde erhalten muß, weil er weniger verdient als die Wohlfahrtsunterstützung ausmacht. Gegenüber diesem widersinnigen Rechtszustand haben schon viele Gemeinden den Weg der Selbsthilfe beschritten und durch Vereinbarung mit den Arbeitgebern oder durch öffentliche Bekanntmachung festgelegt, daß in allen Fällen keine Bürgersteuer gezahlt zu werden braucht, in denen das Einkommen die Reichssätze der Wohlfahrtspflege nicht überschreitet.

Ebenso unerträglich ist die Härte, die sich bei Kurzarbeitern ergibt, die zwar mehr als die Reichssätze verdienen, aber weniger als die Freibeträge der Lohnsteuer ausmachen. Zwar gibt es in der Bürgersteuerverordnung die Vorschrift, daß Lohnsteuerfreie Arbeitnehmer nur den halben Bürgersteuer zu zahlen haben. Aber maßgebend für die Anwendung dieser Vorschrift ist nicht das gegenwärtige Einkommen, sondern das Einkommen im Jahre 1930!

Die Forderungen der gewerkschaftlichen Spitzenverbände zur Bürgersteuer gingen auf völlige Befreiung der Lohnsteuerfreien Einkommen von der Bürgersteuer. Als das ausichtslos schien, angesichts der katastrophalen Finanzlage in zahlreichen Gemeinden, forderten sie Änderungen in zwei Richtungen: 1. volle Befreiung aller Lohn- und Gehaltsempfänger, die infolge Kurzarbeit oder aus anderen Gründen weniger verdienen, als die Reichssätze der Wohlfahrtspflege betragen, 2. Ermäßigung der Bürgersteuer auf die Hälfte bei allen Lohnsteuerfreien, wobei das Einkommen zur Zeit der Zahlung der Bürgersteuer und nicht das Einkommen von 1930 zugrunde gelegt wird.

Reichsfinanzminister Dietrich erkannte die Berechtigung der beiden Forderungen an und sagte zu: 1. Wegen der Befreiung der Einkommen unter den Wohlfahrtsätzen eine entsprechende Vereinbarung zwischen dem Reichsfinanzministerium und dem Deutschen Städtetag sowie den übrigen kommunalen Spitzenverbänden herbeizuführen, 2. spätestens vom 24. Februar ab bei allen Lohnsteuerfreien Arbeitnehmern nur noch den halben Satz der Bürgersteuer zu erheben. Die erforderlichen neuen Durchführungsbestimmungen sollen sofort im Reichsfinanzministerium ausgearbeitet und bereits in den nächsten Tagen dem Reichsrat zur Verabschiedung vorgelegt werden.

In der Frage der Lohnsteuererstattungen wurde von den Gewerkschafts- und Parteirepresenten grundsätzlich die Forderung erhoben, sämtliche Erstattungen wieder einzuführen. Es wurde aber anerkannt, daß aus technischen und finanziellen Gründen die Durchführung dieser Forderung im vollen Umfang im Augenblick nicht mehr möglich ist. Wenn aber schon die Erstattungen aus Rechtsgründen wegen Verdienstaufschlags nicht sofort wieder eingeführt werden könnten, müßten auf alle Fälle die Erstattungen aus Billigkeitsgründen wieder in Kraft gesetzt werden. Dieser Billigkeitsparagraf steht den Lohnsteuerzahlern ebenso zu wie den Besitztümern. Es gibt daher nur zwei Wege, entweder die Abänderung dieses Paragrafen allgemein für Besitzende und Lohn- und Gehaltsempfänger aufzuheben, oder ihn aber bei beiden Kategorien von Steuerpflichtigen gleichmäßig durchzuführen. Gerade die Befreiung dieser Erstattungen aus Billigkeitsgründen hat zu besonders rigorosen Härten geführt, wie von den Vertretern der Lohn- und Gehaltsempfänger unter Hinweis auf viele Einzelbeispiele nachgewiesen wurde.

Der Reichsfinanzminister wies darauf hin, daß die Wiedereinführung der Erstattungen aus Billigkeitsgründen einen großen Mehraufwand verursachen und die Gemeinden, insbesondere aber die Finanzierung der Wohlfahrtsunterstützung in neue Schwierigkeiten bringen würde. Er hielt es aber im Augenblick nicht für vertretbar, dieser Forderung zu entsprechen, sagte aber eine noch malige abschließende Prüfung zu. Eine Sonderregelung soll für diejenigen unständigen Arbeiter angekrebt werden, die nur wenige Tage in der Woche Arbeit haben und Lohnsteuer zahlen müssen, obgleich ihre Löhne die Freibeträge bei der Lohnsteuer bei weitem nicht erreichen. Nach dem Vorbild des Verfahrens bei den Hamburger Hafenarbeitern soll auch für die anderen unständigen Arbeiter versucht werden, ein Abzugsverfahren durchzuführen, das in Zukunft die Ueberzahlung von Lohnsteuer nach Möglichkeit ausschließt.

Der Kampf um die Wiedereinführung der Erstattungen wird mit aller Energie fortgesetzt. Bei aller Anerkennung der schwierigen finanziellen Lage der Gemeinden muß eine steuerliche Härte beseitigt werden, die in sehr vielen Fällen gerade die Gemeinden zu erhöhten Wohlfahrtsleistungen zwingt.



Wenn sie dich schmähen und wenn sie dich scheitern,
Widersteh nicht mit hohem Mut,
Schweig und schaffe was schön und gut,
So wirst du zuletzt doch Recht behalten.

Aus dem Verband für den Verband

Der große Mann geht seiner Zeit voraus,
Der Kluge geht mit ihr auf allen Wegen,
Der Schlaupkopf deutet sie gehörig aus,
Der Dummkopf stellt sich ihr entgegen.

Wer keinen Fußtritt spüren will im Rücken, muß sich nicht bücken

Bekanntmachung

Nach der im Laufe der Zeit erfolgten Zuspitzung der Verhältnisse ist die Zugehörigkeit zur Nationalsozialistischen deutschen Arbeiterpartei (NSDAP) ebenso unvereinbar mit der Mitgliedschaft im Zentralverband der Steinarbeiter Deutschlands wie die Zugehörigkeit zu der von der Kommunistischen Partei (KPD) aufgelegenen Revolutionären Gewerkschafts-Opposition (RGO). Wer sich für diese gewerkschaftsfeindlichen Organisationen betätigt, scheidet ohne besonderes Ausschlußverfahren aus dem Verbands aus. Nur um unrechtmäßigen Ausschüssen vorzubeugen, ist in jedem Einzelfall mit der Einreichung der Ausschlußgründe die Bestätigung des Ausschusses vom Verbandsvorstand einzuholen. Eine Veröffentlichung dieser Ausschüsse im „Steinarbeiter“ erfolgt nicht.

Der Verbandsvorstand.

Arbeitsbeschaffung!

Die Arbeitslosigkeit unter denen, die gewohnt sind, mit Steinen zu hantieren, nimmt einen immer erschreckenderen Umfang an; denn 88,2 v. H. dieser Arbeiterklasse waren am Jahreschluß 1931 zum Nichtstun in ihrem Beruf verurteilt. Ende Januar werden diese Ziffern sicherlich nicht geringer sein.

Fürwahr ein fürchterlicher Zustand!

Und vergegenwärtigt man sich nun die vielen nach gründlicher, arbeitsgemäßer Behandlung verlangenden Verkehrswege in Gemeinde, Stadt und Land, dann wirkt allein schon die riesige Arbeitslosigkeit der Steinarbeiter, einschließlich ihrer Kollegen vor der Kamme, einfach grotesk. Dasselbe ist natürlich auch in anderen Erwerbszweigen der Fall. Es sei an das gesamte Baugewerbe nur im Hinblick auf den Wohnungsbau erinnert. Alle Rohstoffe für Bauzwecke sind wie in der Steinindustrie übergenug vorhanden, Arbeitskräfte ebenso, dennoch liegen sie brach, hungern und haben keine Wohnung.

Wirklich grotesk, wahnsinnig sind diese Zustände!

Innerhalb Deutschlands Grenzen haben wir beklannlich recht viele sehr geschickte Menschen, die ohne Unterbrechung auf allen Gebieten belehrend und instruierend für andere tätig sind. Ein großer Teil davon fühlt sich als sehr wichtig, vielleicht als ganz unentbehrlich in der Umwelt, aber keiner von diesen Geschickten und übergeschickten Menschengrößen findet in dieser großen allgemeinen Notzeit, die uns tatsächlich heimsucht wie die biblische Sintflut, das Eis des Columbus. Der eine lauert auf des anderen helfende Vorschläge, lauert vielleicht auf ein Wunder, das über Nacht kommen könnte, und so vergehen Monate, vergehen Jahre.

Es geschieht aber nichts!

Dadurch macht sich ein unerträglicher Beharrungsstand der Notennat breit, der auf Geist und Körper von Millionen unserer Volksgenossen so vernichtend und zerstörend wirkt, daß es kaum wieder repariert werden kann.

Arbeitsbeschaffung! Immer wieder **Arbeitsbeschaffung!** wäre der erlösende Schrei aus diesem fürchterlichen Alptraum, den wenigstens jene immer wieder laut und deutlich von sich geben möchten, die für die Not und Qual der Arbeitslosen und ihres Anhangs noch Verständnis haben.

Arbeitsbeschaffung? — sie ist möglich! wenn die Verantwortlichen für das Gesamtwohl sich ernstlich bemühen, die geldlichen Mittel dafür bereitzustellen oder zu beschaffen. Das „Wie?“ ist wohl schwierig, ja, aber es ist Aufgabe der finanziellen und der anderen Sachverständigen, die leider fast alle stur und steif an dem überlieferten Geld- und Kreditssystem aus Urgröbners Zeit festhalten, allzu ängstlich, wie an einem starren Dogma. Hier verlangen wir, wissenschaftlich nicht gekulten Volkes da gärt und brodelst es tatsächlich wie in einem unter hohem Druck befindlichen Wasserkessel. Allem Anschein nach muß dieser erst auseinanderbrechen, muß erst großes Unheil anrichten, um endlich die private und staatliche Verantwortung mit wirklichen, großzügigen Taten in der **Arbeitsbeschaffung auf den Plan zu rufen.**

Die bisherigen tiefeinschneidenden Abdröselungen in der Lebenshaltung der fischen, invaliden, kranken und der gesunden Menschen in Deutschland sind keine dauernden Verantwortungsmaßnahmen, auch die „Abbau-„fürsorge“ an allen öffentlichen Einrichtungen, die dem Gesamtwohl dienen sollen und die jetzt nur recht kümmerlich und nur halb ihren Zweck erfüllen können, sind das nicht! Nein, damit ist nichts geschafft, damit wird man der Gesamt-Notlage nicht gerecht! Uns scheint eine Staatskunst weniger verantwortungsvoll zu sein, wenn diese sogenannte Kunst nicht auf der anderen Seite ernstlich bemüht ist, und mit sichtbarem Erfolg bemüht ist, **Arbeitsmöglichkeiten zu schaffen, die eine menschenwürdige Existenz gewährleisten.**

Der Steinklopfer am Wege erfüllt für ein paar Kröten Lohn, die ihm aufgetragene Pflicht. Vernachlässigt er diese, nun dann ist Schluß, er wird kurzerhand in die Wüste geschickt. Sogenannte Wirtschaftsführer aber und die Kapazitäten der Finanzwirtschaft, ferner Staatsmänner, sie alle beziehen viel, sehr viel Geld, ja eine Unmenge Geld als „Lohn“ von der Allgemeinheit für die ihnen aufgetragene Pflicht; doch in ihren Maßnahmen, ihren Pflichten zum Wohle der Allgemeinheit versagen sie meistens, weil sie im **alten Geiste traben, bleiben aber trotzdem in Amt und Würden.** Bei dem Verlangen nach Arbeitsbeschaffung für die Millionen der darbenenden Volksgenossen, da zuden sie einfach und resigniert die Achseln und murmeln: „Keine Mittel!“ Das ist fast ebenso als wenn der Steinarbeiter oder ein anderer Arbeitsmann bei der Aufforderung zur Arbeit sagen wollte: „Hab keine Kraft!“

Gewiß, diese Vergleiche zu einander sind nicht so ganz hieb- und stichfest, dennoch rumoren solche Gedanken und Vergleiche in den Hirnen der 88,2 Arbeitslosen von hundert Steinarbeitern, Steinselegern und Kammern. Solche vergleichende Gedanken rumoren überhaupt in den Hirnen aller, die Tag und Nacht, seit Monaten, nein schon jahrelang vor Not und Pein sich weder aus noch ein kennen und denen immer von neuem gepredigt wird: „Nerven behalten!“ O, diese geplagten Menschen behalten ganz gewiß ihre Nerven, nur reagieren diese Stränge zum Gehirn des wertvollsten Lebewesens der sogenannten Gottesnatur, viel besser bei Erbitterung, Mut und Mißtrauen gegen alles jetzt Bestehende, als bei etwaigen Verteidigen und bei kühl abwägender Erklärung dessen, was ist. Wer vielleicht darüber rechten will, der begehre sich nur vorher selbst in diese alles vernichtende Misere, um dort zu leben. Aber nicht etwa studienhalber, um dann, wenn es dort nicht mehr auszuhalten

ist, wieder herauszuklüpfen. Nein, so nicht! Der Betroffene müßte hineingeschleudert werden in diese Misere unter dem Begriff „Schicksal“; also ohne bestimmte Hoffnung, ohne sichere Aussicht auf Arbeit, gestützt auf die unsagbar kümmerliche Wohlfahrtsunterstützung. Wer so vegetiert, der mag mit jenen rechten, deren Nerven nur noch auf Erbitterung reagieren.

Die anderen Volksgenossen aber, die noch von diesem Zustand verschont sind, einerlei, wo und wie sie stehen, mühten nur die eine Parole kennen: **Arbeitsbeschaffung!** **Arbeitsbeschaffung!** Denn es ist ein unerträglicher Gedanke, daß Millionen in unserer nächsten Umwelt darben und hungern und jahrelang außerhalb jeglicher Produktionsarbeit stehen, dabei verkümmern und verelenden.

Arbeitsbeschaffung ist das Gebot der Stunde!

Erwiderung

Vor einiger Zeit kam die Broschüre „Leipart und Breitscheid über die Notverordnung“ an die Vorsitzenden und Kassierer der Zahlstellen zur Verteilung. Gleichzeitig wurden diese Kollegen ersucht, ihre Meinung über den Inhalt der Broschüre zu äußern. Das ist in vielen Fällen geschehen, und mit wenigen Ausnahmen in zustimmendem Sinne. Unter diesen Stimmen befand sich auch eine, die zugab, daß die Broschüre an sich gut sei und eine Fülle von Aufklärung und Belehrung biete, doch sie sei nicht mehr aktuell. Was wir jetzt brauchen, seien nicht mehr Verteidigungsschriften über das, was wir tun mußten, sondern klare Worte über das, was zu tun ist.

Diese Einstellung zeugt von großer Einsicht in die Notwendigkeiten der Vergangenheit, und wenn alle Kollegen so gesonnen wären, so kämen wir auch leichter über die Gegenwart in eine bessere Zukunft hinein. Daß das aber leider nicht so ist, davon zeugen einige Zuschriften in abnehmendem Sinne. Einer dieser Kritiker macht sich erst einen Popanz zurecht, indem er schreibt:



Verbandstreue

Auf eine ununterbrochene 25- und mehrjährige Mitgliedschaft blickten im Monat Januar 1932 nachstehende Kollegen in den genannten Zahlstellen zurück:

- Bucha:** Johann Schwarz, Joseph Anfried, Adam Beierlein, Robert Lehmann, Richard Friedrich, Georg Dietrich, Joseph Riedl, Philipp Weighaupt.
- Bielefeld:** Karl Bergmann.
- Cunewalde:** Paul Jeremies, Gustav Wagner, August Hänisch, Adolf Domsche, Robert Neumann.
- Glauchau:** Artur Paris, Richard Pögned.
- Görlitz I:** Paul Zellmann, Hermann Zellmann, Joseph Jüngling, Emil Köhlmann.
- Hamburg:** Rudolf Schöne, Reinhold Tiefeler.
- Hannover II:** Karl Schulze.
- Hemsbach:** Johann Eberhardt.
- Kiefersfelden:** Johann Hofmeier.
- Kirchberg (Sa.):** Kurt Berthold, Gustav Lahr, Herman Lahr.
- Königsbrüd:** Adolf Stögbauer, Richard Böhme.
- Lutter:** Karl Lauenstein.
- Raumburg:** Ernst Broll, Rudolf Weidner.
- Brenzlan:** Siegfried Drager.
- Rimbach (Bez. Hemsbach):** Joseph Kraus, Xaver Artmeier, Alois Holzhammer.

Den genannten Verbandsmitgliedern zu ihrem gewerkschaftlichen Ehrentage nachträglich die besten Wünsche. Möge es ihnen vergönt sein, noch recht viele Jahre im Kreise der Kollegen zu wirken zum Nutzen der Allgemeinheit und als Beispiel für den Nachwuchs.



„Leipart sagt, die Notverordnungen sollen dazu dienen, die Wirtschaft zu beleben und die Arbeitslosigkeit zu beseitigen“. Der Kritiker tut also so, als ob Leipart selbst die Notverordnung in allen ihren Teilen verteidigt, während er doch in dem betr. Teil seiner Rede nur referierend die Meinung und die Absichten der Regierung wiedergibt. Und während ein anderer Kollege schreibt, daß die Tolerierungspolitik durch die Broschüre sehr gut begründet sei, schreibt dieser, nachdem er feststellt, daß selbst Leipart starke Zweifel hegt (an dem Erfolg der Notverordnung): „Warum aber dann die Tolerierung?“ Die Antwort hierauf gibt ihm ein anderer Kollege, indem er schreibt: „War auch die letzte Notverordnung für uns von schwerwiegender Bedeutung, so ist das noch gar nichts gegenüber der drohenden faschistischen Diktatur.“ In diesem Zusammenhang ist wichtig, daß einer der Kollegen wegen Nazi-Begünstigung die Beseitigung der Unabhängigkeit der Richter fordert.

Doch unser Kritiker führt noch schwereres Geschütz auf. Anklagend ruft er aus: „Wir haben nicht alle Kräfte aufgeboden, die letzte Kraft ist der Generalkrieg, der vorbereitet werden müßte.“ Einverstanden. Es wäre ja nicht das erstemal, daß er zur Anwendung käme. Aber wie — durch fortwährende Spaltungen- und Zerlegungsmanöver? Ein anderer nicht minder „scharfer“ Kritiker scheint mit ihm der gleichen Auffassung zu sein, wenn er schreibt: „Wenn ich nur die SPD und die KPD betrachte, so haben doch die beiden Parteien die Arbeiterklasse auseinandergerieben.“ Und anscheinend bei einer neugebildeten Zwischenpartei gelangt, äußert er abschließend den Wunsch, „daß endlich eine gemeinsame Arbeit zustande kommt“. Was wäre einfacher und vernünftiger, als den schon vor dem Kriege bestehenden Grundsat, Partei und Gewerkschaften sind eins“ allgemein zur Anerkennung zu bringen, indem sich die Winderheiten der Mehrheit anschließen? Doch das paßt wieder unserem zuerst zitierten Kritiker nicht, der der „Eisernen Front“, die sich aus allen freien Verbänden zusammensetzt, die sogenannte „rote Front“ entgegenstellt, zum Nutzen aller Feinde des aufstrebenden Proletariats.

Was unser Kritiker sonst noch alles vorbringt. Den nach seiner Meinung vorliegenden Widerspruch in der früheren und jetzigen Einstellung zur Erfüllungspolitik. Als ob letztere bis in alle Ewigkeit fortgesetzt werden müßte, wenn man sie unter den Voraussetzungen der Vergangenheit für richtig und für einzig möglich gehalten hat. Hat sie doch von einer Etappe zur anderen zu Erleichterungen geführt, die auch in ihrem zuletzt verflorenen Stadium in Erscheinung getreten wären, wenn nicht die Verschärfung der Weiskräfte alle Voraussetzungen über den Haufen geworfen hätte. Auch hat der ADB und der ZGB auf den verschiedenen Tagungen des vergangenen Jahrzehnts die allgemeine Schädlichkeit der Reparationen dargelegt und ihre Aufhebung verlangt, was nur nicht die nötige Beachtung gefunden hat.

Schließlich reitet unser Kritiker noch auf einem mißverständlichen oder böswillig verdrehten Auspruch Tarnows herum. Er schreibt: „Wir dürfen den Kapitalismus nicht heilen helfen, sondern

müssen sein Totengräber sein“. Sehr richtig. Nur dürfen wir dabei nicht die Wirtschaft mit begraben, deren wichtigster Teil die Arbeiterschaft ist. Wirtschaft und Kapitalismus sind zwar eng miteinander verbunden, aber nicht ein und dasselbe, wie es auch die Unternehmer hinzustellen belieben. Doch daß nicht alle Kollegen in diese richtigen Schlüsse aus der überhandten Broschüre zu ziehen, das zeigt ein Kollege, nachdem er selbst die Güte des Inhaltes festgestellt hat, indem er uns mitteilt, daß er die Kollegen in drei Gruppen einteilt: a) Wachende, b) Halbwachende, c) Schlafende. Für Gruppe a birgt die Broschüre einen sehr schönen und fördernden Stoff, aber für die Gruppen b und c sei sie zu schwer. Sein Wunsch, gelegentlich auch leichtere Kost zu senden, soll erfüllt werden.

Damit wollen wir unsere zusammengefaßte Entgegnung schließen. Vielleicht erfordern die noch ausstehenden Meinungen ein erneutes Eingehen. Allen Einsendern besten Dank. E. W.

Häslich (Sa.). Am 13. Januar fand unsere gut besuchte Generalversammlung statt. Vor Eintritt in die Tagesordnung wurde in ehrender Weise der verstorbenen Kollegen Arno Haufe, Max Förster und des Verbandsrevisors Hugo Walther gedacht. Aus dem vom Kollegen Richard Thomische vorgetragenen Jahresbericht ging hervor, daß die Verwaltungsarbeit um so mehr anschwoll, je mehr sich die wirtschaftlichen Verhältnisse verschlechterten. Der Vorsitzende allein hatte 277 Eingänge zu verzeichnen und 1262 Schriftstücke aller Art anzufertigen. In weit über 500 Fällen wurde Rat und Auskunft erteilt. Besonders groß war die Zahl der Kollegen, die auf Grund der Arbeitslosenversicherung Hilfe benötigten. Hier wurde die Mithilfe des Kollegen Arno Johnelobend hervorgehoben. Auch die Tätigkeit des Kassierers Bruno Herrlich war sehr umfangreich, hauptsächlich auf der Ausgabe Seite. Arbeitslosenunterstützung aus Haupt- und Lokalkasse 12901 Mark, Invalidenunterstützung 2301 Mark. Die Mehrausgaben betragen bei der Hauptkasse 2126 Mark, bei der Lokalkasse aber 5874,12 Mark. Leider hat auch der Mitgliederbestand einen Rückgang aufzuweisen. Den Mittelpunkt bildete ein inhaltreicher und anschaulicher Vortrag des Kollegen Gibowfsky. Er schilderte in fesselnder Weise die allgemeine Wirtschaftslage und unsere berufliche Lage im besonderen. Weiter die letzten Lohnverhandlungen und welche Schwierigkeiten dabei die Arbeitgeber gemacht hätten. Unser Bestreben ist es und muß es sein, diesen Rückschlag wieder aufzuholen. Für uns bedeutend er weit mehr als vier Jahre, denn die Arbeitslosenverdienste waren 1931 um 25 bis 33 Prozent geringer als 1927. Die Neuwahlen erbrachten die einstimmige Wiederwahl des bisherigen Vorstandes, mit Ausnahme des 2. Schriftführers, Kollegen Max Hahnwald, der aus Altersrücksichten hat, auf ihn zu verzichten. An seine Stelle wurde Arno Johnelobend gewählt. Kollegen Paul Grenz und Erwin Schramm schieben als Revisoren aus und dafür traten Adolf Schier und Alfred Müllke ein. Betr. der Bekanntmachung des Verbandsvorstandes über die Vertagung des Verbandstages entspann sich lebhafte Aussprache, sie endigte mit der einstimmigen Annahme folgender Entschließung: „Die Mitglieder der Zahlstelle Häslich beantragen in ihrer Generalversammlung am 13. 1. 32, daß die Vertagung des Verbandstages auf unbestimmte Zeit wieder rückgängig gemacht wird. Denn in der gegenwärtigen Wirtschaftskrise wo vieles, wenn nicht gar alles, auf dem Spiele steht, ist gegenseitige Aussprache und gemeinsame Kundgebung mehr denn je nötig. Die hierfür in Frage kommenden Gelder werden sich, da ja den Verhältnissen entsprechende entfl. Einsparungen beschaffen werden könnten, bestimmt lohnen.“ Am 1. Februar wird die Ortstafelung eingeführt, hierzu wird unsere Zahlstelle in 9 Unterbezirke eingeteilt. Weiter wurde beschlossen, die Lokalzuschläge zu senken und gleichzeitig die bisherigen lokalen Unterstützungen in Wegfall zu bringen. Für langfristige Erwerbslose werden die Bücher jedoch weiterhin in Ordnung gehalten. Auch einige Anträge über Bezirksfragen fanden Annahme. Die Aussprache war sehr lebhaft und sachlich und ergab Einmütigkeit darüber, daß festes Zusammenhalten von Gewerkschaften und Sozialdemokratie höchstes Gebot der Stunde sei. Treue zum Verbande und unermüdlige Mitarbeit muß die Lösung sein. Wenn jeder Kollege den 2. Mann seiner Organisation zuführt, dann wird die Arbeiterschaft ungebrochen den Wiederaufstieg erzwingen.

Düffeldorf. Vor Eintritt in die Tagesordnung ehrt die Versammlung das Ableben unseres verehrten Kollegen Hugo Walther durch Erheben von den Sitzen. Die Tagesordnung umfaßte: Geschäftliches, Kassenbericht, Neuwahl, Verschiedenes. Der Vorsitzende L. Koch gibt ein Rundschreiben der Zentrale bekannt, worin die großen Rückschläge im Verbandsleben, hervorgerufen durch die gewaltige Erwerbslosigkeit, geschildert sind. Die noch in Arbeit stehenden Kollegen werden noch mehr als bisher verpflichtet, den arbeitslosen Kollegen ihr schweres Los erleichtern zu helfen. Nur dann ist es dem Verbands möglich, über diese schwere Krise hinwegzukommen. Ein Schreiben des Gauleiters Kollegen Jaf. Braun befragt, daß laut Schlichtungsbeschlusse in Dortmund der Lohn ab 1. Januar 1932 neu festgesetzt ist, und zwar für Hauer und Monteure 1,15 Mark, für Schleifer 1,05 Mark. In Bauzulagen gibt es 4 Prozent. Alle anderen Bestimmungen des Tarifes bleiben unberührt. Annahme oder Ablehnung hat bis zum 21. Januar 1932 zu erfolgen. Die Abrechnung gab der Kollege R. Dittmann. Danach betrug unser Kassenbestand am 1. Januar 1931 noch 1548 Mark und am 1. Januar 1932 noch 542 Mark. Die Zahlstelle hat allein an Unterstützungen an erwerbslose Kollegen im letzten Jahre 665 Mark ausgezahlt. Die Revisoren erklären, Bücher und Kasse in bester Ordnung gefunden zu haben, und beantragten Entlastung, was einstimmig beschlossen wurde. Auf Vorschlag aus der Versammlung wurde der gesamte alte Vorstand wiedergewählt, desgleichen die Revisoren. Leider war die Versammlung trotz der wichtigen Tagesordnung schlecht besucht. Es muß hier erwähnt werden, daß an dem Tage, wo die Weihnachtsunterstützung ausgezahlt wurde, man auch einige Kollegen sah, die es das ganze Jahr nicht für nötig hielten, die Versammlungen zu besuchen. Für später werden diese Kollegen daran erinnert, daß wer Rechte beansprucht, auch Pflichten hat. Die letzteren soll, nach Ansicht dieser Kollegen, nur der Vorstand haben. Es wird auch daran erinnert, daß unsere Versammlungen nach wie vor jeden dritten Freitag im Monat um 20 Uhr im Volkshaus stattfinden.

Kamenz. Am 10. Januar fand die Jahres-Hauptversammlung der Zahlstelle statt. Tagesordnung: Jahresberichte, Aussprache, Wahlen, Eingänge, Gewerkschaftliches, Ortsausschußberichte, Allgemeines. Vor Eintritt in die Tagesordnung gedentt der Vorsitzende Schiefner der im Jahre 1931 verstorbenen Mitglieder und gab in seinem Jahresbericht einen Überblick über das verlossene Jahr. Anschließend wurde vom Kassierer Menschner die Abrechnung vom 4. Quartal, sowie der Jahreskassenbericht bekanntgegeben. Die Richtigkeit wurde bestätigt und dem Kassierer Entlastung erteilt. Der Vorsitzende kritisiert die Spalter der Gewerkschaften und fordert die Kollegen auf, dem Verbands die Treue weiterhin zu bewahren und trotz Gegenkämpfen die noch Außenstehenden für den Verband zu werben. Unter Wahlen wurde der Gesamtvorstand, sowie die Tarifkommissionen wiedergewählt. Nach Verlesung einiger Schreiben gab Bezirksleiter Gibowfsky einen Bericht über die Lohnverhandlungen und der neu abgeschlossenen Tarife. Gesuche um eine Beihilfe des Arbeitersportvereins Prinfenau und Umgebung, sowie der Arbeiterwohlfahrt Kamenz wurden wegen der ungünstigen Kassenlage abgelehnt. Der Kassierer forderte die Kollegen auf zum Eintiefen der Mitgliedsbücher zur Hauptkontrolle. Nach Bekanntgabe der Ortsausschußberichte wurden noch einige örtliche Angelegenheiten erledigt.

Rundschau

Die Preisentwertung bleibt hinter der Lohnentwertung zurück. Nach den Feststellungen des Reichsstatistischen Amtes hat sich der Preisindex im Januar, dem ersten Monat nach der Notverordnung vom 8. Dezember, um 130,4 auf 124,5 gesenkt. Diese Senkung entspricht nicht dem vorgenommenen Lohnabbau.

Die Reichsindexziffer für die Lebenshaltungskosten (Ernährung, Wohnung, Heizung, Beleuchtung, Bekleidung und Sonstigen Bedarf) beläuft sich nach den Feststellungen des Statistischen Reichsamtes für den Durchschnitt des Monats Januar 1932 auf 124,5 gegenüber 130,4 im Dezember 1931; der Rückgang beträgt somit 4,5 Prozent. An dem Rückgang sind sämtliche Bedarfsgruppen beteiligt.

Am 12. Dezember 1931 richtete der Reichszentralrat einen Brief an den Vorsitzenden der Sozialdemokratischen Partei, in dem es hieß:

„Die schicksalhafte Verbundenheit von Löhnen und Preisen bleibt selbstverständlich auch für die Zukunft erhalten. Sollten heute noch nicht übersehene Umstände eintreten, die diese Wechselbeziehungen zwischen Löhnen und Preisen wesentlich verändern, so wäre eine neue Lage entstanden. Gerade um eine unerträgliche Schrumpfung der Kaufkraft des deutschen Volkes zu vermeiden, wird die Reichsregierung es als ihre vornehmste Pflicht ansehen, darauf zu achten, daß der jetzige Stand von Löhnen und Gehältern nur bei einem entsprechend tief gehaltenen Stande aller Preise aufrechterhalten bleiben kann.“

Die Veröffentlichung des Reichsstatistischen Amtes über die Preisbewegung sollte die Reichsregierung zu ernsthafter Prüfung der Frage veranlassen, ob diese neue Lage bereits gegeben ist!

Schafft Munition für die Eisene Front. Die K ü s t w o c h e zur Munitionsbeschaffung für die „Eisene Front“, die am 3. Februar in Berlin eröffnet worden ist, wird anschließend im ganzen Reich durchgeführt. Der Gedanke, mit der Einzeichnung in das Eisene Buch Opferinn und Bekennernut zu beweisen, ist aus der Aktivität dieser Wochen geboren worden. Viele republikanisch gesinnte Staatsbürger setzen sich durch die Enttragung der Gefahr wirtschaftlichen Terrors aus. Wer diesen Terror zu fürchten hat, kann seinen Beitrag auf das Konto „Eisene Front“ Nummer 624 bei der Arbeiterbank, Depotkassette Lindenstraße, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, Postkassette Berlin Nummer 141528, einzahlen. Dieses Konto ist für Einzelbeiträge aus dem ganzen Reich eingerichtet worden.

Die deutsche Straßenbau-Zeitschrift des Reichverbandes für das Deutsche Stein-, Pflaster- und Straßenbaugewerbe, enthält im Februarheft einige auch die Steinindustrie angehende Aufsätze. In einem wird von einem Steinsehermeister in Bremen die Einführung des „Reformpflaster“ (ein normierter, gleichmäßiger niedriger Pflasterstein) nicht nur begrüßt, sondern auch von der arbeitstechnischen Seite aus gesehen, sowie für die Sicherheit des Auto-Fahrverkehrs, besonders empfohlen. Ein anderer Aufsatz behandelt mit durchschlagenden Gründen die Mehrverwendung von Steinpflaster auf Berliner Straßen im Hinblick auf den Autoverkehr und der Beschaffung von Arbeitsgelegenheit in deutschen Steinbrüchen und für den Straßenbau. Diese Arbeitsbeschaffung hat noch eine Abhandlung aus dem Bayerischen Wald als Hauptmotiv. „Straßenbau statt Bahnbau“ wird auf Grund des Osthilfegesetzes gewünscht und dann nachgewiesen, daß der geplante Bahnbau durchs Zellertal im Bayerischen Wald nach seiner Fertigstellung unrentabel ist und ein Straßenbau vor allem der dortigen, arg darniederliegenden Granitkleinpflasterstraße würde auf Jahrzehnte hinaus keine Betriebskosten erfordern und auch den gesamten Verkehr regeln können.

Kleinfiedler. Die 3. Notverordnung vom 6. Oktober 1931 sieht Bestimmungen darüber vor, daß dem Arbeitslosen Kleinfiedlerstellen erschlossen oder Kleingärten bereitgestellt werden sollen. § 18 spricht

sich dahin aus, daß die Vergabe von Kleinfiedlerstellen oder Kleingärten davon abhängig gemacht werden soll: Der Bewerber muß persönlich geeignet sein und muß während einer gewissen Mindestzeit an der Aufschließung des Grundstückes oder an der Errichtung der Baulichkeiten mitgearbeitet haben. — Mit Zustimmung des Reichsrats ist eine Verordnung am 23. Dezember 1931 erlassen worden, die folgendes vorsieht:

Die unentgeltliche Mitarbeit bei der Errichtung vorstädtischer Kleinfiedlerstellen (Aufschließung des Grundstückes, Herstellung der Gebäude und Gemeinschaftsanlagen) und bei der Einrichtung von Kleingärten begründet kein Arbeitsverhältnis im Sinne des Arbeitsrechts und kein Dienst- oder Arbeitsverhältnis im Sinne der Fürsorgeverordnung. Derjenige Arbeitslose oder Kurzarbeiter, der unentgeltlich, weil er für eine Fiedlerstelle in Frage kommt, mit-

Für Angriff und Abwehr

Die „Schuldigen“.

Das nationalsozialistische „Hamburger Tageblatt“ führt in Nr. 268 in einem Artikel „Die Stunde der Arbeiter“ u. a. aus:

„Niemand darf in Deutschland der Eindruck entstehen, als ob die marxistisch geführte Arbeiterbewegung schuldlos an den gegenwärtigen Zuständen sei, und als ob sie alles in Vergangenheit und Gegenwart getan habe, um Deutschland aus seiner furchtbaren Lage herauszuführen.“

Der Tarifvertrag im Nazi-Betriebe

Der dem nationalsozialistischen Abgeordneten Gottfried Feder gehörende fränkische Volksverlag stand, wie der „Hessische Volksfreund“ berichtet, vor Gericht, weil er weder Tarifschalt zahlte, noch die gesetzliche Kündigungsfrist einhielt. Kläger war ein früherer Angestellter des Verlages, der als Leiter der Nürnberger Filiale trotz wiederholter Gehaltsforderungen alles in allem 80 Mark erhielt. Schreiben dieses Angestellten, in denen es hieß:

„Ich fordere von Ihnen als nationalsozialistischem Verleger nur das, für was man dem Arbeiter zu kämpfen verpflichtet, nämlich gerechte Entlohnung ausreichenden sozialen Schutz usw.“ ...
L i e b e n u n b e a n t w o r t e t .

Auch eine Krisenlösung!

In einem Jahresbericht über die nationalsozialistische Betriebszellen-Organisation eines Gaus gibt der „Völkische Beobachter“ Nr. 10/11 vom 10./11. Januar 1932 als sicher interessantes Ziel der nationalsozialistischen Betriebszellen an:

„Entsprechend verteilt sich die jetzige Arbeit der NSBD auf zwei Gebiete, nämlich, um die alten materialistischen Ideen des Marxismus und Liberalismus aus den Hirnen der deutschen Volksgenossen auszurotten und ihre Seelen und Herzen zu erfüllen mit dem Idealismus und dem Stolz, der dem deutschen Wesen und der deutschen Art eigen ist.“

Die Organisation der Streikbrecher.

„Das Volk“ Nr. 15 vom 19. Januar entnimmt dem rechtsstehenden Bremer Unternehmer-Organ „Weiser-Zeitung“ folgende wörtliche Erklärung eines nationalsozialistischen Bremer Betriebszellenleiters:

„Die NSBD ist jederzeit in der Lage, ohne die technische Not- hilfe bei einem von marxistischer Seite entfachten politischen Streik allein mit Hilfe ihrer allen Berufsgruppen angehörenden Mitglieder alle lebenswichtigen Betriebe Bremens aufrechtzuerhalten.“

Sozialpolitik im Dritten Reich.

Der Leiter der Wirtschafts-Abteilung der nationalsozialistischen Arbeiterpartei sprach vor einiger Zeit in der „Neuen Welt“ in der Hafenbeide in Berlin in einer nationalsozialistischen Massenfund- gebung über „Wirtschaftspolitik und Sozialpolitik im nationalsozia- listischen Staate“. Dazu führte er u. a. aus:

„Wir haben jetzt Kranken-, Unfall-, Alters-, Invaliden- und Er- werbslosen-Versicherung. Gut ist nur die Unfall-Versicherung. Am schlechtesten sind die Krankenkassen. Niemand kann feststellen, ob der Antragsteller wirklich krank ist. So werden dem Betrug Tor und Tür geöffnet.“

Verbesserungen will Herr Wagner durch folgende Neuordnung erreichen:

„Ganz Deutschland wird in 7—9 Bezirke eingeteilt, an deren Spitze je ein Wirtschaftsführer steht. Als oberste Instanz fungiert der Reichswirtschaftsrat. Seine Aufgaben sind Regelung der gesamten Lohn-, Gehalts- und Arbeitsfragen. Die F ü h r u n g liegt beim Unternehmer.“

Der Herr Nazi-Minister

Wie der „Volksfreund“ Nr. 283 berichtet, hatten sich die Ver- treter des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, Braun- schweig, bei dem nationalsozialistischen Minister Klages ange- meldet, um ihn über die Auszahlung der Winterbeihilfe zu be- fragen.

Herr Klages ließ sich aber nicht sprechen, sondern erklärte, er hätte eine Reihe anderer Besprechungen, und außerdem wäre er mit diesem Fragegebiet zu vertraut, daß eine Rücksprache nicht nötig wäre.

Die kommunistische Mißwirtschaft im Konsumverein Halle.

Der kommunistische Reichstagsabgeordnete Koenen führte hierzu in einer Mitgliederversammlung der KPD in Halle folgendes aus:

„Wir erleben in Halle eine Niederlage, eine Schlappe nach der anderen, trotz der günstigen politischen Situation für uns. Die größte Niederlage war der Metallarbeiterstreik in Halle. ... Ueber- haupt ist die ganze KPD-Bewegung in Halle eine große Pleite und unter den Leuna-Arbeitern direkt katastrophal.“

Und erst die Pleite bei den Gewerkschaften, in der Arbeiter- sängerbewegung, bei den Sportlern und jetzt zum Schluß im Kon- sumverein. Ueberall geht es rückwärts.“

Wenn ein kommunistischer Abgeordneter schon selbst zugibt, daß die ganze KPD-Bewegung eine große Pleite ist, wie wird sie dann in Wirklichkeit aussehen. Die sinnlosen KPD-Experimente unter- minieren nur die Machtstellung der Arbeiter und unterstützen die Unternehmerpolitik.

arbeitet, erhält die Arbeitslosen- oder Kurzarbeiterunterstützung fort.

Die Gewährung der Krisenunterstützung ist bei Kleinfiedlern, deren Berufsgruppe in der Gemeinde des Ansiedlungsortes zur Krisenfürsorge zugelassen ist, nicht davon abhängig, daß diese Berufsgruppe auch in der Gemeinde des Siedlungsortes zugelassen ist. Dies gilt jedoch nur für die erste Krisenunterstützungsperiode, die ganz oder teilweise in die Zeit nach dem Bezug der Stelle fällt, höchstens aber bis zum Ablauf von 3 Jahren nach diesem Zeitpunkt. Arbeitslose und Kurzarbeiter sind, so lange sie unent- geltliche Mitarbeit leisten, nicht verpflichtet, sich beim Arbeitsamt zu melden. Sie sind auch gegen Unfall versichert. Durch den Weiterbezug der Arbeitslosenunterstützung liegt natürlich auch Versicherung gegen Krankheit vor.

Automobillichte in großen Städten. In Los Angeles kommt auf 2 Einwohner 1 Kraftwagen. Die Zahl der Einwohner je Automobil beträgt weiter in Detroit 4, in Newyork 9, Paris 17, Mailand 26, Stockholm 29, Zürich 32, Amsterdam 62 und Berlin 64. Der Autoverkehr in Berlin müßte also um das 32fache gesteigert werden, wenn er die Dichte in Los Angeles annehmen sollte.

Bekanntmachungen des Verbandsvorstandes

Auf Antrag der Zahlstelle Neuhoßstein wurde der Steinarbeiter Willi Ortman wegen verbandsschädigenden Verhaltens aus- geschlossen.

Am Anfang des Jahres 1931 haben sämtliche Zahlstellen gehef- tete Berichtsformulare an den Verbandsvorstand über selbst durch- geführte Klagen, Einsprüche und Vertretungen vor den Arbeits- gerichten, Spruchauschüssen und Versicherungsämtern erhalten. Diese Berichte sind bis jetzt recht sparjam eingegangen. Es wird gebeten, diese Berichte über die selbst oder von anderen Verbands- angestellten im Jahre 1931 durchgeführten Streitigkeiten spätestens bis zum 29. Februar einzuliefern. Der dabei erzielte finanzielle Erfolg (wöchentlich, monatlich oder einmalig) sowie die daraus entstandenen Kosten müssen aus dem Bericht ersichtlich sein.

Die vorstehende Anforderung gilt natürlich auch für die Ver- bandsangestellten soweit sie damit im Rückstande sind.

Folgende Zahlstellen haben bis zum 8. Februar 1932 die Ab- rechnung vom 4. Quartal nicht eingeleistet:

- Gau 1: Neustettin.
- Gau 2: Frankenstein, Hindenburg, Königswalde, Mauer, Oppeln, Schönberg, Crossen.
- Gau 3: Klippenhausen, Sebnitz.
- Gau 4: Burg, Dörna, Droyßig, Hörsingen, Saalfeld, Seehausen.
- Gau 5: Barmen, Bochum, Bottrop, Hamm, Lüdenscheid, Ober- hausen, Wanne, Wattencheid, Wefel.
- Gau 6: Ubersweiler, Asbach, Eberbach, Hornberg, Kirnbach, Pfeffelbach, Säckingen, Tiefenkeim, Herschweiler.
- Gau 7: Brand, Kronach.
- Gau 8: Bischofsheim, Burgundstadt, Faulbach, Freudenberg, Heinersdorf, Maroldswiesbach.
- Gau 9: Beilstein, Berzhahn, Bach, Driedorf, Lollar, Lonsdorf, Niberramsdorf, Sommerfahl, Tiefenbach, Oberkleen.
- Gau 10: Sigerode, Rüdershausen, Belmeden, Wernswig, Zieren- berg, Regenborn.
- Gau 11: Engter, Eutin, Ikehoe, Münster (Westf.), Oldenburg (Holstein), Rendsburg, Stade, Steinbergen, Barel, Wersen-Westerkappel.

Bekanntmachungen aus den Zahlstellen, Bezirken u. Gauen

Versammlungen:

Sonntag, 14. Februar.
In Stettin (Sektion Steinseker) bei Sad. Uebliche Zeit. Alles zur Stelle!

Sonntag, 21. Februar.
In Grünberg um 9 Uhr bei Tschew.

In Eisenach (Thür.) will die Firma Walter Conradus (Granitwerk) die Lohnsätze bis 23 Prozent kürzen. Die Firma ist streng zu meiden.

In Schwärzenbach a. S. wie auch in Bremen hat sich an den strittigen Vorkommnissen noch nichts geändert. Jeder, der Anspruch auf den Namen „Kollege“ erhebt, meidet die genannten Orte.

Cunewalde. Die Zahlstelle feiert am 21. Februar 1932 ihren 25jährigen Bestand in der „Blauen Kugel“ zu Cunewalde; Beginn um 19 Uhr. Geboten wird: Freier Tanz, Ansprache, Ehrung der Jubilare, Gesang und sportliche Leistungen. Die Rol- legen aus den umliegenden Zahlstellen sind hiermit herzlich ein- geladen.

Berlin. Die Auszahlung der Invalidenunter- stützung findet am Montag, 15. Februar, von 9 bis 13 Uhr und 15 bis 18 Uhr statt.

Verlorene Mitgliedsausweise: In Rodenbach das Verbandsbuch Nr. 47587 für Georg Hennrich, Steinrichter. In Wildemann, Nr. 51800 für Friedrich Kronjäger, Werkzeugschmied.

Neue Bücher und Zeitschriften

Die Tarifverträge in Deutschland Ende 1930 mit den Ergebnissen der Tarifbewegungen in den Jahren 1930 und 1931. Diese Tarif- politik des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes in einem „Sonderheft“ der Gewerkschaftszeitung ist kürzlich erschienen und kann durch die Verlagsge- sellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, G. m. b. H., Berlin, be- zogen werden.

Es ist eine exakte Arbeit in handlicher Form und sauberem Druck, die uns in dem Sonderheft vorliegt. Der erste Teil bringt die zeitliche Darstellung über den Bestand an Tarifverträgen, ihren räumlichen Geltungsbereich, nach der Zahl der beteiligten Personen, nach der Zeit ihres Inkrafttretens und wie sie zustande- gekommen, nach Schlichtungsverfahren, Schlichtungsbehörde, Verbindlichkeitsverfah- ren, zum Schluß die Tarifverträge nach ihren Kündigungsfristen. Der zweite Teil bringt dazu die entsprechenden Tabellen. Im Wortwort wird darauf ver- wiesen, daß die vorliegende Statistik mit mehrmonatlicher Verspätung erscheint und im nächsten Bericht in eine umfangreichere Form gebracht wird. Das vorliegende Sonderheft ist eine vorzügliche Informationsquelle für alle, die irgendwie mit gewerkschaftlichen Tarifverträgen zu tun haben.

Anzeigen

Berlin Alabasterarbeiter. Am Dienstag, 16. Februar, 16.30 Uhr, im Saal 5 des Gewerkschaftshauses **Branchen- versammlung.** Wahl der Branchenleitung.
Die Ortsverwaltung, I. A.: Gust. Nitsche.

Gestorben

(Todesfälle, die bei der Meldung über 1 Monat zurückliegen, werden infolge ihrer späten Meldung an dieser Stelle nicht veröffentlicht. Redaktion.)

Oberriedenberg. Am 18. Januar der Hilfsarbeiter Karl Michael Kohl, 32 Jahre alt, 6 Tage krank, Blutvergiftung.

Striegau. Am 22. Januar der Hilfsarbeiter Heinrich Kube, 78 Jahre alt, Altersschwäche.

Hindenburg. Am 23. Januar der Steinsetzer Paul W a n n a k, 56 Jahre alt, 6 Monate herzkrank.

Freiburg i. Br. Am 27. Januar der Steinmetz Friedrich Mayer, 51 Jahre alt, 6 Wochen krank, Grippe.

Bernburg. Am 27. Januar der Pflastersteinmacher Friedr. Elstermann, 63 Jahre alt, 2 Jahre nervenkrank.

Magdeburg. Am 28. Januar der Steinsetzer Friedrich Meinccke, 61 Jahre alt, 2 1/2 Jahre lungenleidend.

Hamburg. Am 29. Januar der Rammer Karl F a g e l, 69 Jahre alt, 5 Tage krank, Blutvergiftung.

Dürkheim. Am 30. Januar der Sandsteinmetz Balthasar Weiß, 48 Jahre alt, 3 Jahre krank, Staublunge und Tuberkulose.

Berlin. Am 31. Januar der Rammer Wilhelm L a u e, 71 Jahre alt, 2 1/2 Jahre krank, Magenkrebs.

EHRE IHREM ANDENKEN

Verantwortliche Schriftleitung Hermann Siebold, Verlag Ernst W i n d l e r, beide in Leipzig; Druck: Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft, Leipzig.

Adressenänderungen

- Gau: **Danzig.** Sektionsleiter der Steinseker: Paul Baranowski, Oliva bei Danzig, Zoppoter Straße 72.
- Gau: **Liegnitz.** Vorj.: Paul Schreiber, Kahbachstraße 7. — **Peitzewitz.** Kass.: Richard Kuhn, Neue Hauptstraße 33. **Schladeu.** Vorj.: Richard Stehert, Kirchstraße 35; Kass.: Wilh. Wirthig, Neuedorfstraße 216. — **Steuberwitz.** Vorj.: Richard Teigel; Kass.: Max Huida, Nr. 81 b.
- Gau: **Blauen.** Kass.: Hermann Buschner, Rüdertstraße 43; Sektionsleiter der Steinseker: Hermann Buschner.
- Gau: **Lebusa** Post Herzberg(Elster)-Land. Vorj.: Paul Hol- land, K ö r b a bei Lebusa, Post Herzberg(Elster)-Land; Kass.: Willi Lehmann, K ö r b a bei Lebusa, Post Herz- berg(Elster)-Land.
- Gau: **Halsbach.** Kass.: Karl Aulenbacher, Theisbergsteigen (Pfalz). — **Karlsruhe.** Vorj.: Johann Seidl, Georg- Friedrich-Str. 18, Hinterhaus.
- Gau: **Kaltenhof.** Vorj.: Joseph Seidl, Altmunzen, Post Kalten- of (Niederbayern). — **Windischheidenbach.** Vorj.: Paul Stadler, Klarshütte 162 1/2.
- Gau: **Hiddesen.** Vorj. u. Kass.: Ernst Kluge, Hiddesen-Heiden- tal b. Detmold; Sektionsleiter der Steinseker: Georg Braun, Detmold, Lageschleiferstraße. — **Wefermünde.** Vorj.: Georg Streiß, Wefermünde-See, Schierholzweg 2; Kass.: Otto Schwender, Wefermünde-See, Poststraße 31, I. — **Neumünster.** Vorj.: Gustav Dühnforth, Juliusstraße 12.

Briefkasten

Riedhausen i. Oberhsl. 1. Die Hypothek gehört zur Erbschaft und geht demnach auf die Erben über. Aus welchem Grunde die H. entfallen ist, ist gleichgültig. Wird das Erbe „ausgeschlagen“, also abgelehnt, besteht für die Frau keine Schuldenhaftung. 2. Die Forderung aus dem Pfandschein verjährt in dreißig Jahren. Zinsen- rückstände sind in 4 Jahren verjährt. Zur Wiedererhaltung steht dir das Klagegericht zu. 3. Wenn keine Miet festgesetzt wurde, so wird im Streitfall die ortsübliche für eine gleichwertige Wohnung zugrunde gelegt. Wurde deinerseits nachweisbar zum Lebensunter- halt des Hausbesizers beigetragen, so kann gegenseitig Aufrechnung erfolgen.

A. A. Haftung für Schadenszufügung durch Kinder? Wer kraft Gesetzes zur Aufsicht über eine Person verpflichtet ist, die wegen Minderjährigkeit oder wegen ihres geistigen oder körper- lichen Zustandes der Beaufsichtigung bedarf, ist schadenersatzpflich- tig, wenn diese Person widerrechtlich einem Dritten Schaden zu- fügt. Damit ist klar ausgesprochen, daß die Eltern, die kraft Ge- setzes zur Aufsicht über ihre Kinder verpflichtet sind, für Schaden haften müssen, den die Kinder widerrechtlich einem Dritten zufügen.

Frau D. Verheirateten Frauen wird die Arbeitslosenunterstützung nur gewährt, soweit sie bedürftig sind. Für die Prüfung der Bedürf- tigkeit gelten die Vorschriften der Krisenfürsorge. Erhält dagegen nur der Mann Unterstützung, weil die Frau noch arbeitet, so wird auf seine Unterstützung das Einkommen seiner Ehefrau angerechnet, soweit es 35 Mark in der Kalenderwoche übersteigt. Erhält auch die Frau Arbeitslosenunterstützung, so wird diese nicht als Ein- kommen im Sinne des letzten Satzes betrachtet.

Aufwertung. Nach dem Gesetz kommt für öffentlich oder staatlich beaufsichtigte Sparkassen eine Aufwertung von mindestens 12 Pro- zent in Frage. Die Sparkasse eines Konsumvereins ist eine staat- lich beaufsichtigte und muß die Guthaben aufwerten. Der Leip- ziger Konsumverein hat die Sparguthaben mit 15 Prozent auf- gewertet. Wende dich an das dortige Amtsgericht.

G. S. Wende dich an das deutsche Konsulat in dem Staate Amerikas, der dir als Aufenthalt deines Bruders bekannt ist.

Strahlen, Kirchen, Schlösser und Pyramiden,
Bahnen, Autos, Krane und Fräsmaschinen.
All das waren große und kleine Städte,
nach wie vor fällt Stein um Stein jede Lücke.

Aus Betrieb, Technik, Wirtschaft

in der Steingewinnung, Steinbearbeitung und im Steinstraßenbau

Lernen, wissen, tüchtig werden
Nacht uns wach, wacker, rein.
Mehrer Meißer sind auf Erden,
Wann soll ich kein Meißer sein!

13. Februar 1932

Beilage Nr. 7

Das Geheimnis von Stonehenge

Kürzlich wünschten einige Steinmetzen von unserer Redaktion nähere Auskunft über ein vorgeschichtliches, megalithisches Sandstein-Monument in der englischen Grafschaft Wiltshire bei Salisbury, genannt „Stonehenge“ (iprich: stohnhenge = hängende Steine).

Bereits im Jahrgang 1922 hat „Der Steinarbeiter“ darüber drei Aufsätze gebracht mit Skizzen, wie mutmaßlich die gewaltigen Sandsteinpfeiler dieses Monuments vor ca. 4000 Jahren aufgerichtet worden sind. Gestützt auf Schilderungen im „Kosmos“ schrieben wir vor 10 Jahren:

„Das Steingehänge diente der Astronomie der Vorzeit und wird von den Forschern, denen es bekanntlich zuweilen gelingt, den Schleier von den Geheimnissen der Vorzeit zu ziehen, als ewiger Mondfinsternis-Kalender bezeichnet. Nach den Ergebnissen der Forstung, Ausgrabungen und der Rekonstruktion des Bauwerks wird mit ziemlicher Sicherheit angenommen werden können, daß es noch vor der Bronzezeit, also vor 3700 Jahren, als „Finsternis-uh“ entstanden ist. — Dreißig mächtige Sandsteinpfeiler von je 5 Meter Höhe bilden einen Kreis von etwa 30 Meter Durchmesser. Dreißig Querstübe aus Sandstein verbinden die Pfeiler miteinander. Ein innerer Kreis zeigt 47 Steine von 1,5 bis 1,8 Meter Höhe, die sämtlich einzeln stehen. Innerhalb dieses Kreises erheben sich in bogenförmiger Anordnung fünf gewaltige Doppelpfeiler, je durch Querstübe oben vereinigt. Ganz im Innern ist eine weitere hufeisenförmige Steinlegung von 17 kleineren Steinen. Das Bauwerk ist spiegelsymmetrisch zu einer Linie gebaut, die nach dem Aufgangspunkt der Sonne am längsten Tag zeigt. Da diese Richtung sich im Laufe der Zeiten wenig ändert, ließ sich aus der Abweichung dieser Linien gegen die jetzige Richtung die Entstehungszeit etwa in das 18. Jahrhundert v. Chr. zurückverfolgen.“

Die neueren Forschungen haben anscheinend „das Geheimnis von Stonehenge“ noch nicht klären können, wovon ein Aufsatz im Heft 1 der Zeitschrift „Wissen und Fortschritt“ Kunde gibt. Diesem Aufsatz, der auch wegen der geschichtlichen Steinbearbeitung ficherlich Beachtung jedes Steinarbeiters findet, entnehmen wir mit Erlaubnis des Verlages der genannten volkstümlichen Monatschrift für die Technik und Wissenschaft (Augsburg), folgendes:

Vor 12 000 oder 20 000 Jahren entstand entweder in dem jetzt überfluteten Teile des Mittelmeerbassins, oder in Westafrika bzw. Nordafrika, ein neues Menschengeschlecht der Steinzeit, das polierte Steinwerkzeuge herzustellen verstand und Haustiere zu züchten begann. Dieser Volksstamm breitete sich allmählich über Europa aus, das sich eben erst von der Ertarrung der letzten großen Eiszeit zu erholen begann. Dieses Volk baute und erntete Körner und Feldfrüchte und kam durch sonderbare Gedankengänge zur Ueberzeugung, daß Menschenopfer den Ernteertrag und den Wohlstand mehren können. Es entwickelte den sogenannten „Sonnenstein-Kultus“, und wo es hinzog, da schüttete es große Hügel und Erdwälle auf und errichtete merkwürdige Bauten von im Kreise aufrechten Steinen, die so angeordnet waren, daß die Priester oder die Hochweissen danach astronomische Beobachtungen, z. B. für die Bestimmung der günstigen Zeit einer Bestellung der Felder, machen konnten.

In Britannien, so z. B. im jetzigen Cornwall und Wales, wurden viele solcher Steinkreise errichtet. Manche derselben erlangten eine besondere Berühmtheit wegen ihrer zauberischen, heilbringenden Kräfte. Der Ruhm eines aus blauen Steinen errichteten Steinkreises kam auch zu Dorn der Bewohner Stonehenges, die ihren eigenen Steinkreis bereits besaßen. Zu Beginn der Bronzezeit unternahm dieses Volk einen Zugzug zum blauen Stein in den Presell-Bergen von Pembroschire, Süd-Wales zu rauben und neben den eigenen aufzustellen. Nur so kann es erklärt werden, daß der Steinkreis von Stonehenge zu einem Teil aus lokalem Sandstein zum anderen aus fremden blauen Steinen erbaut ist.

Nach einer blutigen Schlacht wurden 115 solcher Steine erbeutet und 300 Kilometer weit auf dem Seewege von den Küsten von Wales zu der Mündung des Flusses Avon im Hampshire gebracht. Auf 7500 wurden die fremden blauen Steine fluslaufwärts nach West-Amesbury geschafft. Von da aus schleppten die Stonehenge-Leute ihren Raub an Seilen aus Tierhäuten über Holzrollen zu ihrem Steinkreis.

Bei Geländeaufnahmen vom Flugzeuge aus, die in Wiltshire vorgenommen wurden, entdeckte man auf den Photographien kaum merkbare Linien, die die alte Rinnenbahn, auf welcher die Steine transportiert worden sind, bezeichnen. Ausgrabungen haben diese Vermutung bestätigt.

Stonehenge ist von einem Rundgraben von 119 Meter im Durchmesser umringt. Eine sehr breite Straße, von Erdbänken begrenzt, führt von Nordwesten zum Steinring. Auf den ersten Blick scheint dieses Denkmal der Steinzeit als ein Chaos von umgefallenen und aufrechten Steinen. Beim Herannahen erblickt der Betrachter zuerst einen großen unbehauenen Stein, den sogenannten „Sele Stone“ oder „Mönchsstein“. Sele ist ein angelsächsisches Wort, das mit dem griechischen Helios, die Sonne, verwandt ist. Der Sele-Stein, über welchem die Sonne am Mittsommerge tag aufgeht, befindet sich einige Meter außerhalb des Rundgrabens.

Tritt man in den vom Rundgraben umfänten Kreis, so sieht man hinterhand einen großen Block, den „Opferstein“. Dieser Stein gehört ebenfalls zu den Geheimnissen von Stonehenge. Ausgrabungen unter dem Opferstein haben gezeigt, daß die alten Baumeister die Absicht hatten, den Stein in eine Grube, die roh in dem feuchten Boden gegraben war, einzugraben. Diese Grube ist tief genug, um den Stein bis zur Erdoberfläche aufzunehmen, doch die Grube geriet etwas zu kurz und so liegt der Stein auch heute noch mit seinen Enden über der Grube.

Außerhalb des Kreises und inmitten des Rundgrabens befinden sich zwei unbehauene Steine, von denen der eine anscheinend die Richtung der am Sonnwendtag aufsteigenden Sonne bezeichnen soll, während der andere die Richtung angibt, in welcher sie sich am Mittsommerge tag setzt. Dann kommt ein Pfeilerring von 30 Tragpfeilern von 4 Meter Höhe über dem Grunde, mit gemeißelten Zapfen für die Decksteine. Zwischen dem ersten und dem dreihöftigen Pfeiler ist ein größerer Zwischenraum vorhanden. Der Durchmesser des Ringes ist etwa 30 Meter.

Der nächste Ring wird von behauenen Steinen, die auf dem Seewege aus Wales gebracht wurden, gebildet. In dem folgenden Kreise standen einst fünf mächtige Triliten (Dreisteine) in hufeisenförmiger Anordnung, mit der Öffnung nach Nordwesten. Inmitten der Triliten, von denen nur ein einziger aufrechter ist, ein Ring kleinerer aufrechter Steine ebenfalls in Hufeisenform. Diese umringen einen einzelnen flachen Block, den Altar-Stein, der neben den Resten eines ebenfalls umgefallenen Triliten fast vollkommen vergraben ist. Es ist möglich, daß dieser Stein niemals aufrechtgestanden hat, sondern eine Plattform bildete. Wenn man von dieser Platte nach Nordwesten durch die Pfeiler des äußeren Kreises schaut, so kann man den Sele-Stein weiter im Felde sehen. Am längsten Tage des Jahres, dem Mittsommerge tag, erhebt sich die Sonne über diesem Steine, wenn man in dieser Richtung vom Altarstein aus den Sonnenaufgang beobachtet.

In der Umgebung sind zahlreiche Begräbnishügel und Leichenbrandstätten gefunden worden, die die Ueberreste der längst verstorbenen Baumeister von Stonehenge oder der mächtigen, jetzt

vergegangenen Häuptlinge des Volkes der Steinzeit beherbergen mögen.

Die Baukunst von Stonehenge ist überaus bemerkenswert. Wie konnten die großen, durch Decksteine verbundenen Steinpfeiler errichtet worden sein, in einer Zeit, wo es keine elektrischen Krane, noch Ladebäume und Kettenlaufzüge gab? Die einzigen Werkzeuge, die benutzt wurden, waren roh bearbeitete Steinhammer oder Schlegel. Die Bauausführung muß trotzdem wohl organisiert gewesen sein. Vorarbeiter oder Aufseher müssen den Standort der Pfeiler und die Größe der Fundamentgruben genau ausgemessen haben, während andere Arbeiter die Steine formten und die Steinwerkzeuge instand hielten, die Gruben ausnahmen und die Steine zu ihren Standplätzen schafften. Keinerlei Metallstücke konnten in der Umgebung von Stonehenge gefunden werden, der Bau muß also vor der Bronzezeit beendet worden sein.

Die Steine dürften auf eine Art gepalpt worden sein, die auch jetzt noch in einigen Gegenden Indiens angewendet wird. Männer standen in einer Linie auf dem Steine, ein jeder hielt einen Stein-schlegel über seinem Kopfe, ihn mit beiden Händen haltend, und auf ein gegebenes Zeichen sausten die Schlegel auf den Steinblock hinab, bis er gepalpt war. Dann wurden die Steine auf Holzrollen an rohen Ledergeräten über Land geschleift.

Die Schwierigkeit der Arbeit kann daran gemessen werden, daß jeder der Pfeiler 26 000 Kilogramm und die Decksteine je 6800 Kilogramm wiegen, 75 Blöcke wurden benötigt, deren Gesamtgewicht an die 2000 Tonnen erreicht. Der Bauplatz, dessen Kreislinien gut eingehalten sind, dürfte mit einer langen Lederleine ausgemessen worden sein; die schwerste Aufgabe war die Pfeiler, im Gewichte eines modernen Großgüterwagens, aufzurichten.

Die Pfeiler haben nicht alle die gleiche Länge, es mußte aber erreicht werden, daß die Zapfen für die Architraven (Decksteine) annähernd in gleicher Höhe zu liegen kamen. Die Fundamentgruben mußten also in verschiedener Tiefe abhängig von der Länge der Pfeiler gegraben werden, auch mußte der Boden der Gruben dem unteren Ende des Steines entsprechende Form haben. Dann wurden die Steine zu den Gruben angerollt und vermutlich mit Hilfe von hölzernen Böden in die Gruben gekippt. Noch schwieriger war es, die Decksteine auf die bis zu 6,7 Meter hohen Pfeiler ohne Hebezeuge aufzubringen. Vermutlich wurde zu diesem Zwecke um die Pfeiler ein Erdhügel aufgeschüttet, aus welchem die Zapfen hervorliefen, dann wurde der Deckstein dem Hügel heraufgezogen und aufgesetzt. Das Abräumen des Hügel nach vollendeter Arbeit dürfte die wenigste Mühe bereitet haben.

Reste von Werkzeugen sind in Stonehenge gefunden worden. Es sind dies Stein-schlegel im Gewichte von 15 bis 30 Kilogramm; bei dem Behauen der Steine werden zwei oder drei Mann das Werkzeug gleichzeitig gehandhabt haben. Bei den Erdarbeiten wurden Hirschgeweihe benutzt, deren Splinter ebenfalls gefunden wurden.

Das Rätsel von Stonehenge ist auch jetzt noch, nach mühevollen Ausgrabungen und geduldigem Sicht des gefundenen Materials, nicht restlos gelöst. Das Alter des Baues, das auf 4000 Jahre geschätzt wird, steht nahezu fest, doch die Bestimmungen dieses Denkmals der Steinzeit, d. h. ob es eine Gerichtshalle, oder ein Saal für festliche Versammlungen der Häuptlinge und Könige, oder ein Tempel von Sonnenanbetern, in welchem Menschenopfer dargebracht wurden, oder schließlich ein steinerner Kalender war, das festzustellen wird wohl nie gelingen.

Fachliche Notizen

Moderne Grabsteine. Daß man auch für billiges Geld mit einfachen Mitteln künstlerisch einwandfreie Grabsteine schaffen kann, zeigen einige Vorlagen für den Urnenhain am Chemnitzer Krematorium. Als Material sind alle Natursteine mit Ausnahme des schwarzen schwedischen Gneiss zugelassen. Die Bearbeitung hat bei den drei sichtbaren Seiten gleichmäßig scharriert, geschliffen oder poliert zu sein. Großer Wert wird auf die richtige Anordnung der Beschriftung sowie auf die Form der Schrift gelegt. Als Normalmaß der Grabsteine gilt für die Höhe 80 Zentimeter, für die Breite 48 Zentimeter und für die Stärke 11–12 Zentimeter. Neben diesen 12 Formen gibt es noch eine Anzahl andere, ferner Risenteine bis zu den kleinsten Größen, damit auch der Minderbemittelte in der Lage ist, seinen Toten ein würdiges Denkmal zu setzen. Wenn auch bei diesen Steinen selten ein figürlicher Schmuck durch einen Aehrenzweig ufm. angebracht wird, so ist doch die Möglichkeit gegeben, und ab und zu hat der Bildhauer die Freude, außer der Schrift noch etwas aus dem Vollen hauen zu dürfen. Der Dezerent für die Anlage ist ein sozialdemokratischer Stadtrat, der gemeinam mit dem Beirat (Bildhauermeister, akademische Bildhauer und Friedhofsverwaltung) dafür sorgt, daß der Chemnitzer Urnenhain täglich schöner wird.

Die Säulenhalle Leptis Magna. Eine hochbedeutende Tat der Kulturforchung ist mit der Freilegung von Leptis Magna am Mitteländische Meer östlich der Stadt Tripolis vollbracht worden. Bis dahin war diese Stätte unter gewaltigen Sandmassen begraben. Herrliche Säulenhallen umgaben die Luxusstätten der öffentlichen Badeanlagen. Aus diesem Schaffen der einstigen Steinmetzen, das aus dem verfallenden Sand der Wüste wieder nach zwei Jahrtausenden Schlummerns ans Tageslicht tritt, läßt sich erkennen, wie in dieser einst blühenden Handelsstadt an den Gestaden des Mittelmeeres römisch-griechischer Geist neben punischer Denkweise herrschten.

Die Natur als Steinbildhauer. In der Nähe der australischen Stadt Carnarvon in Tasmanien bilden die Basalt- und Kalksteine der Küstenformation eine ganz einzigartige Naturmerkwürdigkeit. Man bemerkt nämlich dort am Meeresrande neben Felspalten und fingalartigen Höhlen originelle flache Terrassenbildungen und padende Felsbildungen in Tierform, durch die sich die unheimlich tosende und brausende Meeresbrandung hindurchzwängt.

Indiens Grabmalbau. Von der heutigen Hauptstadt Indiens, Delhi, zieht sich nach Süden ein Trümmerfeld von über zwölf Kilometer Ausdehnung. Die Grabmäler der hier liegenden, von unergänglichem Glanz zeugenden Totenstadt gehören zum Schönsten und Großartigsten, das man sich vorstellen kann. Der Weg durch diese Ruinenstätte ist oft die Via Appia (römische Grabmonument-Strasse) Indiens genannt. Hier lag in vormaliger Zeit auch die Zitadelle der älteren Siedlung, Purana Kila, eine Burg, deren Reste heute noch einen starken Eindruck machen. Sie soll früher den Namen Indraprastha geführt haben; ein jetzt dort ein armeloses Dasein fristendes Dorf heißt noch Indrapast. Die Tore und Türme der alten Festung lassen einen Schluß auf die hohe handwerkliche Fertigkeit der altindischen Steinarbeiter zu.

Patentschau

zusammengestellt vom Patentbüro Johannes Koch, Berlin NO 18, Große Frankfurter Straße 58. — Auskünfte bereitwilligst.

Erteilte Patente: Kl. 5c 540 768. Vorrichtung zum Verdrängen von Spalten in Gestein oder ähnlichen Gebilden. George William Christians, Chattanooga, Tennessee, U. St. A.

Kl. 80d. 541 670. Vorschubmechanismus für den Werkstücklich an Maschinen zum Behauen (Charieren) von Gestein mittels eines mechanisch angetriebenen schlagenden Werkzeuges. Albert König, Densbach, und Wilhelm König, Stadelhofen i. Baden.

Angewendete Patente. Kl. 5b. 3. 169. 30. Ronus-Vorschubvorrichtung für Schlagmotoren von Gesteinsbohrmaschinen. Ingersoll-Rand Company, Newyork.

Die westasiatischen Kulturvölker und ihre Baukunst

III.

Das persische Reich wurde nach nur kurzer Blüte im Jahre 333 v. Chr. von dem Mazedonier Alexander dem Großen erobert. — Mit den Persern traten die ersten Arier in die mesopotamische Kulturgeschichte ein. In den äußersten von den Küsten des Mitteländischen Meeres begrenzten Ländergebieten westlich von Mesopotamien, die nach Lage und Klima wie Fruchtbarkeit große Vorzüge vereinigen, fand schon frühzeitige Besiedelung durch semitische und arische Völker statt. Völker, die in ihrer Kultur und staatlichen Zusammenfassung oft mehr oder weniger abhängig waren von den großen Nachbarräichen, deren Kunst aber eine Verbindung darstellt zwischen der des alten Orient und der des Abendlandes. Um 1500 v. Chr. bereits hatte im nördlichen Syrien ein mächtiger Volksstamm, die Hethiter, ein blühendes Reich gegründet, das 800 Jahre bestand und dessen Kunst und Sprache auf das ganze Vorderasien einen großen Einfluß ausübte. Die Hethiter bauten die mächtigen zyklopiischen Mauern, die aus großen Blöcken bestehenden Ruinen von Burgen und Palästen zu Sendschirli, Boghaz, Koi und Deülük, deren Toranlagen als Doppelturm mit dazwischen angeordnetem Säulenbau, oder auch nach babylonischem Stil zwei stehende Sphinge dargestellt sind. In Mauern und auch in Felsen gehauen finden sich Reliefs von teils riesigem Ausmaß, die in Bildnissen aus frühesten Zeit menschliche männliche Figuren mit barlosem Gesicht, und in der Tracht Schnabelform und Spitzhut aufweisen, die auf Eigentümlichkeiten eines eigenen Stils hinweisen, der aber später von ägyptischen und assyrischen Einflüssen verdrängt wurde. Ein hethitisches Relief stellt ein Heiligtum dar, auf dem zwei Säulen zu sehen sind, die, soweit sie jetzt bekannt, das älteste Vorbild der Volutenform des ionisch-griechischen Kapitäl sind.

Auf dem schmalen Küstenriß Syriens, zwischen dem Libanon und Mittelmeer, wohnten die Phönizier, das kühne Seefahrer- und Handelsvolk der alten Welt, die Jahrtausende hindurch die morgenländische Erzeugnisse über das Mittelmeer hinausführten zum fernsten Westen Nordafrikas, nach Südeuropa und weit darüber hinaus. Sie gründeten zahlreiche Kolonien, um ihre Handelsinteressen zu fördern und zu erweitern, ihre Macht zu festigen. Die künstlerischen Fähigkeiten der Phönizier lagen mehr auf kunstgewerblichem Gebiet, das in den Hauptstädten Sidon und Tyrus eine hohe Stufe erreichte. Hervorragende Schöpfungen der Architektur haben diese nicht herorgebracht. Bekannt sind einige kleine aus Felsblöcken herausgearbeitete freistehende Tempel und turmartige, kuppel- oder pyramidenförmig abschließende Grabbauten, deren Formen ägyptischen und assyrischen Einfluß verraten. Dagegen stand die technische Bearbeitung der Steine und die Bewältigung großer Materialmassen bei den phönizischen Fachleuten auf der Höhe, besondere Befähigung bewiesen sie im Holzbau als Zimmerer. —

Neben den Phöniziern, in dem kleinen Lande Palästina, wohnten die Hebräer, die um 1250 v. Chr. von Ägypten eingewandert waren. Die Hebräer unterschieden sich von allen orientalischen Völkern durch ihre strenge monotheistische Religion, dem Eingottglauben, der zudem ohne bildliche Vorstellung war. Dieses Volk besaß ebenfalls keine große Kunstfertigkeit, auch waren sie auf dem Gebiete des Tempelbaues unfähig. Das bedeutendste Bauwerk der Hebräer war der Tempel Salomos, zu dessen Auf- führung phönizische Fachleute, besonders Zimmerer, nach Jerusalem berufen wurden. Dieser Tempelbau dürfte wohl jedem aus der biblischen Geschichte erinnerlich sein. Derselbe befand sich in der Gesamtanlage nach ägyptischem Vorbild, auf einem von einer Mauer umgebenen ausgedehnten Tempelbezirk. Er bestand aus einem äußeren Vorhof, in dem auf erhöhter Terrasse ein innerer Vorhof lag. Beide Vorhöfe waren von Hallenbauten umschlossen. Im inneren Vorhof stand das Tempelhaus mit der Vorhalle und dem inneren Tempelraum, der durch einen großen Vorhang in zwei Teile aufgeteilt war, das Heilige und das Allerheiligste. Der Tempel Salomos, ein Steinbau, der innen mit Zedernholz verkleidet war und reich mit Goldblech belegt, wurde im Jahre 586 v. Chr. durch Nebudadnegar bis auf den Grund zerstört. Die hebräischen Grabbauten, Felsen- und freistehende Gräber weisen eine reiche Mischung von fremden Stilarten auf. In Werken, soweit sie künstlerischen Wert besitzen, ist der griechische Einfluß leicht zu erkennen.

An der Südküste wohnten die Lykier, ein kräftiges Bergvolk; ihre Grabbauten sind Felsengräber mit in den Stein gehauenen vollständigen Fassaden, in deren Architektur die Nachahmung der gebirglichen Holzriegelbauten hervortritt. Auch die aus dem Felsen herausgearbeiteten freistehenden Sarkophaggräber sind in derselben Stilart gehalten. Weiter nordwestlich waren die Lydier ansässig, als mächtiges Handelsvolk bekannt. Um 550 v. Chr. nahmen diese eine vorherrschende Stellung über das ganze Kleinasien ein. Ihre Grabbauten unterscheiden sich eigenartig von denen der anderen asiatischen Völker. Ein riesiger Regel von festgestampften Erdmassen ruht auf einer kreisrunden ringförmigen Mauer, die aus polygonalen Steinen aufgebaut und mit Sockel und Kranzgesims versehen ist. Diese Erdhügel- oder Tumulusgräber wurden teils in sehr großem Maßstab gebaut, so soll ein lydisches Königsgrab die größten ägyptischen Pyramiden übertreffen haben und noch jetzt sollen seine Ueberreste eine Höhe von 70 Meter messen. —

Im Nordwesten vom heutigen Marmarameer bis weit ins Binnenland hinein waren die schon im dritten Jahrtausend v. Chr. von der Balkanhalbinsel über die Hellespont eingewanderten Phrygier wohnhaft. Sie weisen die ersten Spuren einer fortgeschrittenen kleinasiatischen Baukunst auf. Wie alle diese Völker standen sie in ihrer Kulturentwicklung unter der Beeinflussung der großen Nachbarräiche; ihre Baukunst jedoch brachten sie in eigener Art zum Ausdruck. Auch hier finden sich noch Tumulusgräber, besonderes Interesse aber erregen hier die Felsengräber, deren Grüfte in der Innenbauart eines Hauses herausgearbeitet sind. Ein hohes Eingangsstor eines solchen Grabes zeigt als Aufsatz eine wappentartige Darstellung, eine Säule mit Kapitäl, an der beiderseits ein aufgerichteter Löwe steht. Andere Felsengräber haben Scheintüren mit Frontgiebeln und reichverzieren Flächen. Der deutsche Forscher Schliemann fand bei den Ausgrabungen in den Schuttmauern von Hisarlik, dem einstigen Troja, die wohl ältesten Ueberreste einer bereits hochentwickelten Städtebaukunst, die bis auf das dritte Jahrtausend v. Chr. zurückzuführen ist und von den Phrygiern herrühren soll. —

Im letzten Jahrtausend v. Chr. ist die Kultur aller in den einzelnen Aufsätzen erwähnten Völker untergegangen. Die Ueberreste ihrer Baukunst erzählen uns von ihrem Leben, Schaffen und Können, von Größe, Glanz und Untergang zahlreicher Generationen vieler Jahrtausende. Die orientalischemitische Kulturwelt mußte der vorwärtsdrängenden arischen Kultur der Völker des Westens unterliegen, die aber um so üppiger emporwuchs und gedeihen konnte, als sie an Kraft gewann aus der alten und großen Geschichte einer verfallenden Zeit. Nur aus ihr heraus konnte das Zeitalter der großen klassischen Kulturperiode erblühen, die, wenn auch längst wieder verfunken, dennoch ihren starken Einfluß ausübt auf Kunst und Geistesleben aller Völker bis in unsere Zeit.

Was eure Väter voll Mühe, was eure Mütter voll Weh ringend und darben gebau, gab auch den heiligen Grund, darauf ihr in segnender Früh aufsteigt zum fruchtbaren Tag.
Seht wie das Licht euch vertraut.

Der Jugend

Seht wie der Kampf eurer harrt! Schlechtes noch schreckt euren Schritt, Schatten der Dämmerung sinkt, Zwietracht und niedriger Wahn grauer Vergangenheit starrt! Aber ihr fürchtet euch nicht.
Seht wie die Zukunft euch winkt!

Nur nicht verzweifeln!

Verdammt! Es sind schon viele Jahr, daß ich den Schlüssel aus der Hand gelegt und wunderbar zu denken, wer mich morgen findet. Wenn ich so friedlich an der Ulme schauke. Wenn's nur kein Kind ist, sonst entschwindet meine Seele später als mein Sein, und in des Kindes Träumen gauke ich nächtlich fort.

Nennt ihr es feig, den Tod nicht abzuwarten? Laßt sein. So wie ein morscher Baum einst fällt und Licht und Raum den Jungen gibt in seinem Garten, so sag ich euch, ihr Neunmalklugen, die ihre Macht nicht kennen wollen. Das Joch, das wir gemeinsam tragen, wir auch gemeinsam sprengen wollen. Seid einig, heißt's seit vielen Jahren, ... und neue Führer bilden neue Scharen.
Walt. Richters.

Eiserne Front

Der Abwehrkampf gegen die machtlüsterne Eroberungsversuche der nationalsozialistischen Arbeiter-Vertrüger ist jetzt in eine bestimmte organisatorische Form gebracht worden. In der „Eisernen Front“ für Volksrechte gegen Diktatur, haben sich die Gewerkschafter, die Arbeiterpartei, die organisierten Sozialdemokraten und die im Reichsbanner vereinigten Republikaner zusammengeschlossen. „Nicht für gewaltsame Angriffe, sondern wider alle Bürgerkriegspläne“ — heißt es in dem Aufruf der Reichskampfleitung der Eisernen Front, und das soll der Leitsatz aller Maßnahmen sein. Mit dieser neu geschaffenen, festeren Form der Kampforganisation gegen Volksverdrängung, Gewaltverherrlichung und Vernebelung der Geister steht eine gewaltige Verstärkung der bisher schon geleisteten Arbeit ein.

Das gilt selbstverständlich auch für die junge Generation der Arbeiterbewegung. Im Rahmen der Gesamtfront wird die Jugend ihre besonderen Aufgaben zu erfüllen haben, mehr noch als bisher wird jedes einzelne jugendliche Mitglied der Gewerkschaften sich als tätiges Glied einer unauflösbaren Gemeinschaft erweisen müssen. Die Jugendleiter haben die Pflicht, den in der Jugend vorhandenen Kräften durch Stellen von Aufgaben die ihr gemäßen Einwirkungspunkte zu zeigen. Das Arbeitsfeld ist riesengroß, denn zahlreich sind die jungen Menschen, die aus Verdrängung, Unkenntnis oder auch infolge einfacher Nachgebens einer anscheinend übermächtigen Massenstimmung sich von den nationalsozialistischen Demagogen einfangen lassen. Diese Jugend wird am besten von der Jugend selbst aufgeklärt und wiedergewonnen werden. Eine planmäßige Bearbeitung aller in Betracht kommenden Gebiete muß erfolgen. Der berufsschulpflichtigen Jugend bietet sich von selbst ein fest umrissenes Arbeitsfeld; wie im vorigen „Jugendführer“ gezeigt, beabsichtigen die Nationalsozialisten, von der Berufsschule aus die arbeitende Jugend zu gewinnen. Daß unter diesen Umständen jeder junge Gewerkschafter seinen Kollegen in der Berufsschule gegenüber die Gewerkschaften und ihre Stellung vertreten kann und auch will, das muß durch die Jugendgruppen sichergestellt werden. Heute kommt es nicht nur darauf an, daß man in der geschlossenen Kolonne, im Aufmarsch, in der Versammlung seine Pflicht tut, es muß mehr verlangt werden — nämlich entschiedenes und klares Eintreten jedes einzelnen für seine Sache, an welchem Platz es auch sei! Wie oft beherrschen geistlose Großmäuler das Feld in irgendwelchen Ansammlungen (Schule, Stempelstelle, Bahn usw.), nur weil unterrichtet und denkende Menschen (junge und alte) sich scheuen, dem Großmaul entgegenzutreten. Mit dieser vornehmen Zurückhaltung muß Schluß gemacht werden! Und nicht nur das, sondern es ist bewußt und systematisch zum Gegenstoß anzusetzen. Die Enthüllung der arbeiters- und volksfeindlichen Ziele und Methoden des Nationalsozialismus muß von uns an jeder von uns als zweckmäßig angesehenen Stelle herbeigeführt werden. Bei der Lösung dieser Aufgabe, die sehr vielseitig ist und durch die besonderen örtlichen Verhältnisse in ihren Einzelheiten bestimmt wird, kommt die Gemeinschaftsarbeit aller sozialistischen Jugendorganisationen besonders in Betracht. Es braucht kein Wort darüber verloren zu werden, daß jetzt selbstverständlich alle etwa hier oder da die vorhandenen kleinen Reibungen und Eiferjucheleien vor der großen gemeinsamen Aufgabe zurückzutreten haben.

Nach außen stellt die Jugend der „Eisernen Front“ keine besondere Formation dar, sondern sie ist ein Glied des Ganzen. Dadurch ergibt sich für das öffentliche Auftreten der Jugend, daß es sich nach dem Plan der Gesamtleitung zu richten hat. Wollige Bewegungsfreiheit haben die Jugendorganisationen aber in allen Dingen, die die Aktivierung der Jugend selbst betreffen. Hier ist noch viel zu tun, hier liegen die wichtigsten Aufgaben der Gegenwart. Durch intensive und planmäßige Zusammenarbeit wird und muß es gelingen, die durch die Wirtschaftskrise und Arbeitslosigkeit erschwerte und zum Teil gestörte Verbindung unserer Organisationen zu all den Stätten, an denen die Jugend sich aufhält, herzustellen und die Führung der jungen Arbeiterklasse zu behalten.

Mit der weiteren Zunahme der Arbeitslosigkeit, der steigenden Wirtschaftsnote ergeben sich auch für die Jugend immer neue Erschwerungen auf allen Gebieten. Die bisher noch verhältnismäßig am wenigsten von der Krise berührten Lehrlinge verlieren infolge Arbeitsmangels in den Betrieben oder infolge von Konturen und Betriebsstilllegungen in zunehmendem Maße die Möglichkeit zur Vollendung ihrer beruflichen Ausbildung. Durch Zahlungsunfähigkeit der Betriebsinhaber kommt mancher Lehrling um seinen Lohn. So mancher früher gut beschäftigte Lehrling hat jetzt nur noch Lehrlinge, aber keine Gehilfen, so daß niemand sich in ausreichendem Maße um die Lehrlinge kümmern kann, da der Inhaber nach Aufträgen unterwegs ist. Daraus ergeben sich eine Fülle von Rechtsstreitigkeiten, aber auch häufiger schon Versuche, positive Lösungen zu finden. Hier und da werden von Arbeitgeberverbänden Sammellehrwerkstätten für die nicht versorgten Lehrlinge geschaffen, ein stillgelegter Betrieb, ein Bauplatz oder auch eine Schulwerkstatt werden dafür verwendet. Dieser Weg erscheint uns viel zweckmäßiger als der aus Handwerkerkreisen gekommene Vorschlag, in Fällen, in denen ein Lehrmeister infolge Stillstandes des Geschäftes dem Lehrling den Lohn nicht mehr zahlen kann, von der Handwerkskammer aus die Lohnzahlung und die Zahlung der Sozialbeiträge zu erlassen, um sodann dem Lehrling wenigstens eine seiner Ausbildung dienende Beschäftigung in dem an sich ruhenden Betrieb zu ermöglichen. Zunächst einmal ist unseres Erachtens keine Handwerkskammer in der Lage, einen Gewerbetreibenden aus seiner im Lehrvertrag eingegangenen Verpflichtungen zu befreien. Würde eine solche Befreiung auf irgendeinem Wege erfolgen, so würde dem Mißbrauch, der Ausnutzung jugendlicher, unbezahlter Arbeitskraft Tür und Tor geöffnet, denn wer will die Beschäftigung der Lehrlinge in den vielen Handwerksbetrieben darauf kontrollieren, ob sie nur der Ausbildung wegen oder zu produktiven Zwecken erfolgt. In einer Sammellehrwerkstatt dagegen, auch wenn sie nur provisorisch eingerichtet ist, läßt sich diese Frage ziemlich einwandfrei beantworten. Wo also in Gesellenausschüssen oder anderen Körperchaften derartige Fragen auftauchen, sollten wir uns ganz entschieden für die Schaffung solcher Lehrwerkstätten einsetzen und verlangen, daß auch die Berufsschule dabei beteiligt wird.

Der mit viel Geschrei vor einem halben Jahre eingeführte „Freiwillige Arbeitsdienst“ hat keine besondere Bedeutung gewonnen: die verschiedenlich gehegten Befürchtungen, daß politischer oder arbeits-schädlicher Mißbrauch mit ihm getrieben werden würde, haben aber auch kaum eine Bestätigung gefunden. Eine Reihe von Arbeiterorganisationen, besonders die Sportverbände, haben ebenfalls von den Möglichkeiten Gebrauch gemacht, mit Hilfe des Freiwilligen Arbeitsdienstes gemeinnützige Einrichtungen zu schaffen. In Straßburg hat die Gemeinschaft der sozialistischen Jugendverbände begonnen, sich auf demselben Wege ein Wochenendheim zu schaffen, das neben Schlafräumen für Knaben und Mädchen über Aufenthaltsräume, Liegehallen und einen Sportplatz verfügen soll. Die jungen erwerbslosen Kollegen sind bereits fleißig bei der Arbeit.

Von den Beschäftigungskursen für Erwerbslose finden die für Segelflugzeugbau immer besonders viel Interessenten. Diese Tatsache sollte unsere Jugendartelle veranlassen, zu versuchen, gemeinsam mit dem „Sturmvogel“ von uns aus solche Kurse zu veranstalten. Bei Trebbin i. d. Mark werden vom „Sturmvogel“ im freiwilligen Arbeitsdienst ein Segelflughafen und Flugzeughallen errichtet werden. Auch hierfür scheint unsere Jugend erhebliches Interesse aufzubringen.

Die Maßnahmen für die jüngeren Erwerbslosen werden in der verschiedenartigsten Form weitergeführt. Wahrscheinlich wird die kulturelle Seite dieser Arbeit demnächst eine nicht unbedeutende materielle Förderung erfahren können, denn das Reichsinnenministerium hat Mittel dafür zur Verfügung erhalten, deren Bewilligung durch das Kabinett auf unsere unablässigen Bemühungen zurückzuführen ist. Diese Mittel werden in der Hauptsache über die Gemeinden zur Verwendung kommen, worauf auch unsere Jugendgruppen zu achten hätten.

Gespräche junger Menschen im Rundfunk

Die Deutsche Welle beginnt demnächst mit einer wertvollen Neuerung in ihrem Bildungsprogramm. Junge Menschen aus allen Berufs- und Gesellschaftsschichten und aus allen politischen und weltanschaulichen Lagern werden sich an jedem Sonntag in der Zeit zwischen 18 und 19 Uhr vor dem Mikrophon über Fragen aussprechen, die jeden, besonders die Jugend, heute beschäftigen. Begonnen wird am 24. Januar d. J. mit einem Gespräch „Gedanken zur Zeit“, das von einem konservativen Studenten, einem katholischen Verbandssekretär, einem sozialistischen Mechaniker und einer evangelischen Frauenschülerin geführt werden wird. Am 7. Februar sprechen ein Maschinenbauer, ein Primaner und eine erwerbslose Jugendleiterin darüber, wie der erwerbslosen Jugend geholfen werden kann. „Wie stehen wir zu den heutigen Formen des politischen Kampfes?“ — ist die Frage, zu der sich am 13. März je ein evangelischer und katholischer Student und ein junger sozialistischer Reifeschmied äußern werden. Bis in den April hinein ist diese Aussprache-Reihe bereits angelegt; für die weitere Folge sind Vorbereitungen im Gange.

Diese in die Wege geleitete öffentliche Aussprache junger Menschen wird den Jugendverbänden und -gruppen eine willkommene Bereicherung des Bildungsprogramms bieten, aber auch der einzelne Rundfunkhörer wird die Auseinandersetzungen über aktuelle Fragen gern miterleben. Es ist zu erwarten, daß diese Rundfunkgespräche interessant und aufschlußreich gestaltet und auch den Ansprüchen geistig aufgeschlossener junger Menschen entsprechen werden. Die Aussprache Teilnehmer — ihr Durchschnittsalter ist etwa 21 Jahre — bilden unter Leitung des Geschäftsführers Maack vom Reichsausschuß der deutschen Jugendverbände eine Jungerwerbsgemeinschaft, die selbst die zur Aussprache zu stellenden Themen vorschlägt. Erst nach längerer gründlicher Vorbereitung tritt man jetzt an die Öffentlichkeit. Daß diese der neuen Darbietung der Deutschen Welle genügend Interesse entgegenbringen wird, darf mit Recht erhofft werden.

Berufsschul-Zellenorganisation der Nationalsozialisten

Die Gewerkschaften sind den Jüngern des sogenannten „Dritten Reichs“ ein besonderer Stein des Anstoßes, weil sie sich als Bollwerk erweisen, an dem der Anprall der nationalsozialistischen Welle zerschellt. Daß man die Gewerkschaften nicht einfach überrennen kann, ist den Nazis bereits klar geworden. Nun sollen, auf längere Sicht berechnete, andere Methoden angewandt werden. „Der Marxismus ist am Ende seine Lateins. Er behauptet sich nicht mehr durch die Lebenswahrheit seiner Idee. Er steht nur noch in einer verzweigten Organisation. Die marxistischen Parteien holen ihren letzten Zuwachs aus ihren Jugendorganisationen. Diese zu zerschlagen, ist vornehmlich die Aufgabe der nationalsozialistischen Berufsschüler. Erfüllen wir diese folgerichtig, dann bricht der tönernen Koloß, der Marxismus, zusammen.“ So wendet sich der „Angriff“, das Berliner Organ der Nationalsozialisten, an die Berufsschüler und fordert zur Bildung nationalsozialistischer Zellen auf. Irgendwelche praktischen Aufgaben, wie etwa Wahrnehmung von Lehrlings- und Schülerinteressen, werden diesen Zellen nicht gestellt. Soweit sie überhaupt gebildet werden, würden sie solche Aufgaben aus Mangel an den notwendigen Kenntnissen auch gar nicht erfüllen können. Was für eine Ahnung können die sich als angehende Herrenmenschen fühlenden Tertianer oder Sekundaner, die zweifelloso versuchen werden, die Heilbotshaft des großen Adolfs den Lehrlingen und jugendlichen Arbeitern zu predigen, schon von den Dingen haben, die die werktätige Jugend wirklich bedrücken. Vielleicht wird hier und da ein Knabe sich bemühen, den Lehrlingen die schädlichen Folgen der „marxistischen Zwangsbewirtschaftung der Löhne“ (ties tarifliche Lohnregelung) klarzumachen, was besonders zu erwarten ist, wenn diese Apostel Söhne selbständiger Gewerbetreibender sind. Wir sind fest überzeugt, daß auch das jüngste Mitglied unserer Lehrlings- und Jugendabteilungen in der Lage sein wird, aus seinen eigenen Erfahrungen heraus solche Heilsprediger nach Hause zu schicken. Trotzdem werden unsere Jugendgruppen die Bemühungen der Nationalsozialisten um die Berufsschüler genau beobachten müssen, damit unsere Mitglieder in den Berufsschulen diesen Absichten die notwendige Aufklärung entgegensetzen können.

„Jugendführer.“

Jugend und Arbeitsdienst

Die nationalen Wehrverbände und Jugendorganisationen sind eifrig bemüht, dem durch die Notverordnung vom 5. Juni 1931 eingeführten „Freiwilligen Arbeitsdienst“ Leben einzublasen. Bis jetzt sind die Versuche damit ausnahmslos gescheitert, denn es ist nicht ein einziger Fall bekannt, daß eines der vielen in letzter Zeit gegründeten Arbeitslager aus eigenen Mitteln existenzfähig ist. Die sich halten, können es nur dadurch, daß sie Mittel aus verschiedenen Quellen, hauptsächlich aber aus der Arbeitslosenversicherung erhalten. In den Arbeitslagern selbst herrscht nicht die schöne Stimmung, von der Stahlhelm und Nationalsozialismus in den Versammlungen schwärmen. Die jungen Arbeiter sind viel zu mitgenommen durch die Arbeitslosigkeit, abgerissen und ausgehungert, daß es ihnen nicht leicht fällt, die schweren Erdarbeiten auszuführen. Auch ist der junge Industriearbeiter an die Arbeit nicht gewöhnt, und die praktischen Erfahrungen haben hier schon manch schlimmes Ergebnis gezeitigt. Mit Studenten, die zwar sehr viel Begeisterung, aber bedeutend weniger Arbeitsgewohnheiten mitgebracht haben, sind noch schlechtere Erfahrungen gemacht worden. Eine Erleichterung des Arbeitsmarktes ist dadurch nicht eingetreten. Die Jugendlichen, die durch die verkehrte Wirtschaftspolitik des Unternehmertums zur Arbeitslosigkeit verurteilt sind, können durch den Arbeitsdienst keine Milderung ihrer Lage erwarten.

Wenn sich nationale Jugendorganisationen so lebhaft für den Arbeitsdienst einsetzen, so sprechen dabei meist persönliche Gründe mit. Die Leitung dieser Organisationen liegt fast ausnahmslos in den Händen austrangierter Militärs, die sich nicht wohl fühlen, wenn sie nicht Rekruten drillen können. Sie hoffen auf dem Wege über den freiwilligen Arbeitsdienst wieder zu dem ersehnten Ziel der Militärspielerei kommen zu können. Der größte Teil dieser Organisationen hat nur geringe Bedeutung, und es wird daher nicht mit Unrecht behauptet, daß sie durch den Arbeitsdienst einen Ausschlag erwarten. Sie betrachten gewissermaßen den kleinen Stamm von alten Mitgliedern als die Anwärter auf die Kommandostellen beim Arbeitsdienst. Es fehlen nur noch die jungen Proleten, die man zur Arbeit kommandieren kann. Nicht zufällig sind seit Erlaß der Notverordnung vom 5. Juli 1931 eine ganze Reihe von neuen Jugendorganisationen entstanden.

Auch wir treten selbstverständlich dafür ein, daß unsere Jugendlichen so schnell wie möglich wieder Lohn und Brot verschafft werden muß. Aber was hier geschaffen wird, das ist Schmutzkonkurrenz gegen die bezahlte Arbeit. Die Arbeit wird nicht bezahlt, der Arbeitsdienstwillinge arbeitet umsonst, er erhält nur Verpflegung und Unterkunft, und auch damit steht es nicht sehr glänzend. Der Jugendliche im Arbeitsdienst hat keinen Anspruch auf Bezahlung der geleisteten Arbeit.

In der Notverordnung heißt es über den freiwilligen Arbeitsdienst, daß die Gemeinden nur Unterkunft und Verpflegung zu gewähren brauchen. Diese Beschäftigung ist auch kein Arbeitsverhältnis im Sinne des Arbeitsrechts. Nach der Notverordnung kann der Arbeitsminister mit dem Finanzminister bestimmen, daß den Arbeitswilligen beim „Vorliegen besonderer Voraussetzungen“ ein Betrag bis zur Höhe des ungefähren Unterschiedes zwischen der Arbeitslosenunterstützung und dem tariflichen oder ortsüblichen Arbeitsentgelt gutgeschrieben werden kann. Das ist also eine weitere Durchbrechung des Tarifrechts.

Daß sich Studenten zu dieser Lohndrückerarbeit hergeben, ist bezeichnend für ihre Einstellung. Früher ist die Studentenschaft oft mit der Arbeiterklasse zusammengelassen und hat mit ihr gemeinsame Sache gemacht, heute handelt sie gegen die Arbeiterklasse. Die Notverordnung sieht ausdrücklich vor, daß Vereinigungen, die Gruppen von Arbeitswilligen für solche Arbeiten zusammenfassen, das Recht zur Errichtung von Arbeitslagern haben. Der Stahlhelm, der Werwolf, das Landwerk, eine nationalsozialistische Gründung, ferner der Bund Lrt am und die Jungdeutschen, die sich mit der Einführung der Arbeitsdienstpflicht befassen — sie alle haben das Recht, Arbeitslager zu errichten, ganze Armeen von Lohndrücker aufzuziehen. Und die Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung finanziert den Kummel (aus den Geldern der Arbeiter), denn die Notverordnung hat ihr die Aufgabe übertragen, den freiwilligen Arbeitsdienst finanziell zu fördern.

Außer den politischen Gefahren, die diese Einrichtung in sich birgt, soll dadurch der Arbeiter zum Kuli gemacht werden. Er soll gezwungen werden, ebenfalls zu diesen entwürdigenden Bedingungen zu arbeiten, unter der Aufsicht eines „nationalen“ Wehrverbandes. Dabei gehen die Befürworter des freiwilligen Arbeitsdienstes von ganz falschen Voraussetzungen aus. Die Frage, die zu lösen ist, ist keine Frage des Arbeitswollens, sondern eine der Arbeitsbeschaffung. Das volkswirtschaftliche Problem der Arbeitsbeschaffung aber läßt sich nicht durch die Einführung der freiwilligen Arbeitsdienstpflicht (Arbeit ohne Lohn) lösen, sondern nur durch die Abkehr von der die Wirtschaftskrise verschärfenden Ausbeutung der Arbeitskraft. Die „freiwillige“ Arbeitsdienstpflicht ist keine geeignete Einrichtung, das Problem zu lösen. Sie muß bitterer hervorgerufen, weil dadurch der gegen Tarif arbeitende Arbeiter verdrängt wird, er wird durch Lohndrücker ersetzt.

Auf einer Konferenz des Beirats im Bauwerksbund am 21. und 22. Januar 1932 wurde vom Referenten über den sogenannten freiwilligen Arbeitsdienst darauf verwiesen, daß „freiwillige Arbeitsdienstler weder Anspruch auf Tariflohn noch Betriebsvertretung haben, ihre Sozialrechte sind eingeeignet. Außerdem hat die Praxis erwiesen, daß ein solcher Arbeitsdienst vielfach teurer zu stehen kommt, als wenn eingearbeitete Bauarbeiter solche Arbeiten zu Tariflohn ausführen würden. In Schlesien liegt ein Fall vor, wonach bei einer solchen „gemeinnützigen, zusätzlichen“ Arbeit jeder Arbeitsdienstler trotz notorischer Minderleistung wöchentlich 36 Mark Auflohn verursacht hat, während der reguläre tarifliche Wochenlohn für Erdarbeiter nur 27,84 Mark betragen hätte. Aus solchen und aus prinzipiellen und organisatorischen Gründen müssen wir die freiwillige Arbeitsdienstpflicht ablehnen. Wir können sie nicht verhindern, müssen jedoch bemüht sein, jederzeit auf die daraus entstehenden Schäden hinzuweisen. Es heißt, für solche Arbeiten kämen nur zusätzliche und gemeinnützige Bauvorhaben in Betracht. Gemeinnützig ist ungefähr jede Arbeit. Und der Begriff „zusätzlich“ ist vielfach nur mißbräuchliche Fassade, um zu einer wohlfeilen Ausführung notwendiger Bauvorhaben zu kommen. Wir müssen uns deshalb berufen fühlen, auf alle solcherart entstehende Mißstände hinzuweisen und uns dabei stets von dem Grundgedanken leiten lassen, daß der freiwillige Arbeitsdienst den gewerkschaftlichen Grundsätzen widerspricht, lohndrückend, vielfach reaktionär und nicht gemeinnützig, sondern gemeinschaftlich wirkt. Mit dieser Auffassung stehen wir nicht allein, sogar städtische Behörden haben sich bereits in diesem Sinne ausgesprochen. Auch diese Einrichtung ist nur geeignet, das Arbeitsgebiet der Bauarbeiter für jetzt und für die Zukunft noch mehr zu verringern!“ Dem kann man nur zustimmen.

Die Reichsregierung mag sich davon das Schönste versprochen haben, die bisherigen Ergebnisse aber zeigen, daß damit der arbeitslosen Jugend nicht geholfen wird. Schon die Tatsache, daß die Arbeitslager dauernd die Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung um Geld angeben müssen und auch privat um Unterstützung betteln, beweist die Unhaltbarkeit der ganzen Einrichtung. Die Verlängerung der Schulpflicht um ein Jahr und die Einführung der allgemeinen Berufsschulpflicht und der 40-Stunden-Woche im Arbeitsverhältnis sind eher eine praktische Hilfe für die Arbeiterjugend.



Kollegen!

Lest eure Verbandszeitung

und gebt gelesene „Steinarbeiter“ an unorganisierte Steinarbeiter, Steinbildhauer, Steinsetzer, Rammer und Hilfsarbeiter weiter.

Die Werbearbeit für den Verband darf nie stocken oder gar erlahmen!